

Uebersicht
der
Controvers und Wechselschriften
über
Die Ansprüche der Krone Baiern
an
eine bevorstehende Erbfolge
in
das dormal vom Großherzoglichen Haus Baden besitzende
Surrogat
der
Grafschaft Sponheim.

Zweite Lieferung.

Nürnberg,
bei Kiegel und Wiefner.
1829.



V o r r e d e .

Da der im vorigen Jahr 1828 zu Gießen erschienene, und mit vielem Beifall aufgenommene „Ueberblick der Controvers und Wechselschriften,“ durchaus nur als eine vorläufige erste Lieferung angesehen werden kann, welche vor der Hand sich bloß mit den doctrinellen Ansichten dieser illustern Streitfrage unbedingt im Interesse für das hohe Haus Baden beschäftigt, ohne selbst noch auf die schon 1827 erschienene Hauptdruckschrift der Krone Baiern Rücksicht genommen zu haben; so schmeichelt man sich, den Dank des gelehrten Publikums zu verdienen, wenn man nun auch in gegenwärtiger zweiten Lieferung die Anzeigen über alle bisher von beiden Seiten erschienenen Schriften ergänzt, und den gegenwärtigen Stand der Sache, die für unser neuestes allgemeines deutsches Staatsrecht wichtig zu werden scheint, vor Augen legt. Man ist dabei hauptsächlich auf die Uebersicht der Sponheimischen Successionsfrage (Hermes XXXI. Band 2. Heft S. 265 — 301) zurückgegangen, doch mit vielfachen Zusätzen und Erweiterungen, besonders auch mit Be-

rücksichtigung der neuesten Schrift: „Für den Sieg der Wahrheit in dem Sponheimischen Surrogat und Successionsstreit, und Benützung eines sehr vorzüglichen Werkes, nemlich des Herrn Professor Aug. Wilh. Heffters in Bonn: „Beiträge zum deutschen Staats- und Fürstenrecht, Berlin 1829. 8. und zwar S. 1—105.“ über Ebenbürtigkeit, Standesgleichheit und Standesungleichheit, in Beziehung auf die Ehen und Nachkommenschaft in den deutschen souveränen und ersten standesherrlichen Häusern; nebst der sehr reichhaltigen und gründlichen Beurtheilung dieses Werks, und besonders dieser Materie, in der Hallischen Allgem. Litt. Zeit. in den Blättern von 96 bis 100.

Gewisse Ansprüche, welche seit einiger Zeit zwischen der Krone Baiern und dem Großherzoglichen Hause Baden, nicht ohne Deffentlichkeit verhandelt worden, haben bereits mehrere Druckschriften veranlaßt, die zum Theil nur auf diplomatischem Weg, zum Theil aber auch von beiden Seiten im gewöhnlichen Buchhandel an den Tag gefördert worden. Je wichtiger dem deutschen Vaterland alles dasjenige seyn muß, was nach seiner jetzigen Umgestaltung ihm entweder von neuem sein Staatsrecht bilden, oder die Fäden des ältern wieder anknüpfen kann; desto verdienstlicher scheint es uns, alles dasjenige, was in den neuesten Staatschriften auf historische Mittheilungen und Anwendung des alten Rechts zurückgeht, gleichsam in einen Brennpunkt aufzufassen. Denn wenn es gleich nicht das Publikum ist, welches in solchen Sachen zu entscheiden hat, so muß es doch offenbar in der Meinung beider Theile gelegen haben, demselben eine nähere Kenntniß der Sache und eine doctrinelle Erörterung und Beurtheilung derselben zu gestatten, außerdem sich ein begreiflicher Zweck, warum die Schriften überhaupt im Druck erschienen, nicht denken ließ. Wir wollen uns also bemühen, über den eigentlichen Stand der Sache und die von beiden Seiten an die Hand gegebenen rechtlichen und wissenschaftlichen Gründe gleichsam nur einen kurzen

Auszug zu liefern, ohne vorgreifendes Urtheil, höchstens mit einzelnen Erläuterungen oder Bemerkungen.

Es sind aber von Seiten des Großherzogthums Baden, welches damit den Anfang gemacht, unsers Wissens bisher folgende Druckschriften erschienen:

1) Denkschrift über die Ansprüche von Baiern an Baden, wegen der Bestellung eines Surrogats für die ehemals zwischen beiden Häusern gemeinschaftliche Grafschaft Sponheim. Zur Widerlegung eines von dem königl. bayerischen Gesandten an dem großherzogl. Badischen Hof, diesem Letztern mittelst einer officiellen Note unter dem 3. Juli d. J. übergebenen, in französischer Sprache **) abgefaßten Memoire. Mit 5 Beilagen. Karlsruhe, 1827. 48 S. fol. (Hat seinen Lauf nur außer dem Buchhandel gemacht.)

2) Ueber die Ansprüche der Krone Baiern an Landestheile des Großherzogthums Baden. Eine staatsrechtliche Erörterung. Mit 5 Beilagen. Mannheim b. Schwan und Götz. 1827. 8. 89 S. (Geht in der Hauptsache ganz auf die Schrift Num. 1. zurück.)

3) Der Sponheimische Surrogat- und Successionsstreit zwischen Baiern und Baden. Mit einem Anhange, betreffend die Baierische Territorialfrage. Gießen, Heyer. 1828. 174 S. 8. (Bemüht sich vorzüglich noch neue Gründe, Distinctiones et Definitiones hervorzuheben; zeichnet sich auch besonders durch die mit unverkennbarer Belesenheit geschehene Nachweisung der meisten Urkunden und Angaben aus den vorzüglichsten diplomatischen Sammlungen aus.)

**) Auch dieser Umstand, die Abfassung in „französischer Sprache,“ hat dem Badischen Hof Anlaß zur Beschwerde gegeben, weil man dadurch die Sache außerhalb den Grenzen einer deutschen Berathung hätte bringen wollen.

4) Ueber die Ansprüche Baierns an Baden, wegen der Grafschaft Sponheim. Von D. Karl Salomo Zachariä. Aus den Heidelberger Jahrbüchern der Literatur besonders abgedruckt. Heidelberg, 1828. 8. 41 S.

5) Ueberblick der Controvers- und Wechselschriften über den Anspruch der Krone Baiern auf demnächstige Succession in einem bedeutenden Theile des Großherzogthums Baden, als Surrogat für dessen Antheil an der Grafschaft Sponheim. Gießen, Heyer. 1828. 8.

6) Für den Sieg der historischen rechtlichen Wahrheit in dem Sponheimischen Surrogat- und Successionsstreit zwischen Baiern und Baden; (wider die Streitschrift: Ueber die Sponheimische Surrogat- und Successionsfrage; Stuttgart und Tübingen) Frankfurt a. M. in der Andräischen Buchh. 1829. 8. S. 154. Wie man sagt, von einem Badischen Diplomaten. Uebrigens verrathen mehrere persönliche Anspielungen dieser Schrift den Irrthum, als wenn alle Baierische Druckschriften von Num. 7—12. von einem und demselben Verfasser herrührten. Eigen bleibt auch hier wieder die Erscheinung merkwürdig, daß von der schon im Jahr 1828. bekannt gewesene Darstellung der Baierischen Gründe im Hermes keine Kenntniß genommen ist.

Dagegen erschien von Königl. Baierischer Seite:

7) Kurze vorläufige Beleuchtung der Denkschrift, unter dem Titel: Ueber die Ansprüche der Krone Baiern an Landesheile des Großherzogthums Baden. Nürnberg, Kiegel und Wießner. 1827. 8. 32 S.

8) Betrachtung über bedingte Ehen, mit besonderer Rücksicht auf die zwischen Baiern und Baden streitige Erbfolge in die Sponheimischen Surrogatlande. München, Finsterlin. 1827. 8. 36 S.

9) Freimüthige Gedanken eines Unparteiischen über einige Streitschriften zwischen Baden und Baiern. (Aus den all-

gemeinen politischen Annalen besonders abgedruckt.) Stuttgart und Tübingen, Cotta. 1827. 8.

Als die Hauptantwort von Seiten Baierns auf Num. 1. aber ebenfalls nicht im Buchhändlerverkehr:

10) Beantwortung der Denkschrift von Baden gegen Baiern, wegen der Bestellung eines Surrogats für die zwischen beiden Häusern gemeinschaftliche Grafschaft Sponheim. Mit 8 Beilagen (darunter besonders auch das oben schon erwähnte französische Memoire). München, 1827. 60 S. Beil. 21 S. Fol. Herr Dr. Zachariae giebt als Verfasser der Schrift Num. 3, wir wissen nicht, mit oder ohne Grund? da die Zueignung den Schein eines jungen Anfängers (vielleicht in der Ironie eines Veterans) annehmen wolle, Herrn Dr. Klüber an; von Num. 1. und 2. sollen die Badischen Staatsmänner Joly und Winter, von 7. und 8. Herr von Fink in München, und von 10. in der Hauptsache der Ritter von Lang die Verfasser seyn. —

11) Ueber die Sponheimische Surrogat- und Successionsfrage. Eine kritische Beleuchtung der Schrift: Der Sponheimische Surrogat- und Successionsstreit 2c. (Num. 3.) Stuttgart und Tübingen, Cotta. 1828. 8. 89 S. Verf. ist uns unbekannt.

12) Die Sponheimische Successionsache, im Hermes XXXI. 2tes Heft; S. 265 — 301. Wahrscheinlich wieder vom Ritter v. Lang.

Vor allem wird es hier ein eignes Bedürfnis seyn, zu Festsetzung des wahren Standes der Frage bestimmt dasjenige abzusondern und unberührt zu lassen, von was es sich hier im Grunde entweder gar nicht, oder doch nicht in doctrineller Beziehung handelt, obgleich die Badischen Schriftsteller ihren Prologum galeatum auch darauf zu erstrecken für gut befunden, und dadurch auch eine gewisse allgemeine Erwiderung von Seiten des Baierschen Deducenten (§. 1.

§. 1—10) herbeigeführt haben. Es ist also hier, wohl zu bemerken, nicht die Rede davon

I. ob Baiern, nach beendigtem Krieg der verbündeten Mächte mit Frankreich, für seine abgetretenen Provinzen eine vollständige Entschädigung erhalten oder nicht; und ob insonderheit Baden auf gewissen Fall durch Zurückgabe der Pfalz an Baiern, entweder ganz oder zum Theil, in Kraft früherer Stipulationen ein Opfer der Ergänzung habe bringen sollen? Ebenso wenig kommt es dermalen

II. auf die sogenannte Territorialfrage, das ist, auf die im Jahr 1813 und nachher gepflogenen Unterhandlungen und Verträge wegen des Beitritts zum allgemeinen Bunde, und die dabei gegebenen oder auch zurückgenommenen Garantien an, oder auf das Nachener Conferenzprotokoll vom 20. Novbr. 1818, und den darauf gefolgten allerletzten Frankfurter Territorialrecess vom 20. Juli 1819 (s. Beil. I. von Num. 2.), indem die so benannte Frankfurter Territorialcommission, aus den Bevollmächtigten der vier Mächte Oesterreich, Rußland, England und Preußen bestehend, mittelst besondern Protokolls vom 21. Febr. 1819. sich ausdrücklich dahin erklärt: „die Commission könne sich nicht berufen halten, in Discussionen über diese Ansprüche einzugehen, die sich auf alte Verhältnisse der Grafen von Sponheim bezögen und ein Object beträfen, das den Verhandlungen der gegenwärtigen Commission ganz fremd geblieben.“ Aus welchem Grund denn auch der Anhang zur Druckschrift Num. 3. „betreffend die Baiersche Territorialfrage“ als eine den dermaligen Streitpunct durchaus nicht berührende, und dabei lediglich nur im Sinn der Badischen Interessen gestellte Information hier übergangen werden kann, ohne den Erwartungen in Herrn Pölis Jahrbüchern 1828 August, „was man dieses hochwichtigen Anhangs auf-

gestellten Thatsachen und Mittheilungen öffentlich entgegen zu setzen vermöge?“ entsprechen zu müssen. — Endlich

III. handelt es sich auch nicht von jenen 100,000 Gulden, welche Baiern bis zu Herstellung eines Territorialzusammenhangs mit seinen Rheinischen Landen zur Zeit von Oesterreich jährlich zu beziehen hat.

Dieses alles ausgesondert, bleibt der Kern der gegenwärtigen Frage, so wie der Hergang der Sache kurz folgender:

„Baiern, vermöge seines ehemaligen Mitbesizes und der noch gültigen alten Erbverträge, verlangt von Baden, im Fall des erlöschenden Mannsstammes, den Badischen Antheil der vorher gemeinschaftlich gewesenen Grafschaft Sponheim, oder jetzt diejenigen Entschädigungslande, welche Baden bestimmt und namentlich anstatt dieses seines Sponheimischen Grafschaftsantheils durch den Reichsdeputationschluß erhalten hat (d. i. Surrogat); es verlangt, daß ihm auf jeden möglichen Fall von Baden der Umfang und die Grenze dieses Surrogats jetzt schon durch gütliche Uebereinkunft bestimmt und ausgezeichnet werde, gleichwie sich auch Baiern schon seit 1805 dazu erboten hatte, auf den gegenseitigen Fall, daß das Haus Baiern vor Baden erlöschen sollte, diesem einen ganz gleichen Bezirk aus den bayerischen Landen als Rückfall zu bestimmen, ein Erbieten, das bei dem Familienstand des Königl. Baierschen Hauses, und des Markgräfl. Badischen, damals im Jahr 1805, nichts weniger als für einseitig und bloß illusorisch hat gehalten werden können.“

Die Grafschaft Sponheim, ehemals dem Oberrheinischen Kreis einverleibt, am linken Rheinufer gelegen, und mit diesem vom deutschen Reich im Jahr 1801 an Frankreich abgetreten, zerfiel in die sogenannte vordere und in die hintere Grafschaft. Alle beide waren zwischen Baden und

Pfalzbaiern, was die Rußnießung betrifft, abgetheilt, und zwar die hintere Grafschaft zwischen Baden und Zweibrücken, welches durch die Pfälzischen besondern Hausverträge darauf angewiesen war, die vordere Grafschaft aber zwischen Baden und Kurpfalz, und zwar besaß Baden, vermöge Theilung von 1776, von der hintern Grafschaft die Hälfte, bestehend in den Aemtern Birkenfeld, Herstein, Winterburg, Dill und Senheim, von der vordern, vermöge Abtheilung von 1707, zwei Fünftel, bestehend in den Aemtern Kirchberg, Koppenstein und Denzen, Nauenburg, Sprendlingen, nebst einigen kleinen Zugehörden; Zweibrücken hingegen die Aemter Trarbach, Grövereich, Castellaun, Allenbach und Winningen von der hintern, und Kreuznach mit seinen Zugehörden von der vordern Grafschaft, welche sämtliche Gebiete, nach Zurückgabe des linken Rheinufers, wieder als neue Entschädigungen, meist an die Krone Preußen, zum Theil auch an Oldenburg und etwas an Rheinbaiern gefallen; was aber hier nicht in Betrachtung kommt, da keineswegs diese altspyonheimischen Lande von den jetzigen Besitzern, sondern nur das, was Baden da für als Entschädigung erhalten, in Anspruch genommen wird.

Die alten Herren des Landes Sponheim waren aus einem gräflichen Geschlecht, berühmt nicht nur in der mittlern Geschichte Deutschlands, sondern selbst noch höher hinauf in den deutschen Sagen und Geschichten. (S. Kremers genealog. Geschichte derer Grafen von Sponheim, in dessen diplomatischen Beiträgen. Frankfurt und Leipzig, 1761. Vgl. Rheinische Geschichten und Sagen, III. 100—186). Ihr wahrer Ursprung weist auf die alten Grafen des Rahganes zurück, die Anfangs in Bingen hausten, dann sich nach Kreuznach zogen, endlich in den nahen Schluchten dieser Gegend die Feste Sponheim erbauten. Der älteste dieser Grafen, auf welchen man bis zur Abtheilung in zwei Linien

zurückgehen kann, ist Graf Gotfried, vom Jahr 1197—1200, Gemahl der Adelhaid, einer Erbtöchter von Sayn, dessen ältester Sohn, Graf Johann I. die besondere Linie der Grafen von Sponheim zu Starkenburg an der Mosel, der jüngere, Simon, die Linie der Grafen von Sponheim zu Kreuznach stiftete. Das Haus dieses Grafen von Sponheim zu Kreuznach erlosch zuerst im Grafen Simon III. (von andern der IV. genannt), der von 1386—1415. regierte. Seine einzige Tochter Elisabeth war in erster Ehe an Eberhard von der Mark, sodann als Wittwe an den Pfalzgrafen Rupert, Sohn des Römischen Königs Ruprecht vermählt. Pfalzgraf Rupert verstarb im Jahr 1395 ebenfalls vor seinem Schwiegervater. Aus Dank für den Schutz, welchen König Ruprecht den Sponheimischen Landen hatte widerfahren lassen, versprach seine Schwiebertochter bereits im Jahr 1408 bei dem Anfall ihrer väterlichen Sponheim-kreuznachischen Lande, das Pfälzische Haus zu bedenken; und als nach dem Tod ihres Vaters der wirkliche Erbanfall statt gefunden, indessen aber auch König Ruprecht das Zeitliche gesegnet hatte, wiederholte Elisabeth dieses Versprechen ihrem Schwager, dem Kurfürsten Ludwig III. im Jahr 1416 Sonntags nach Pfingsten, und bestimmte darauf in ihrem Testament im Jahr 1417, daß außer einem Fünftel, welches Kurpfalz von ihrem Lande Kreuznach überkommen, die übrigen vier Fünftel an ihren Stammvetter und nächsten mütterlichen Blutsfreund, den Grafen Johann V. von Sponheim-Starkenburg fallen sollten, so daß also die ganze Grafschaft Sponheim wieder unter Einem Haupte vereinigt war, mit Ausnahme des Fünftels von Kreuznach, welches letztere vom ersten Empfänger des Vermächtnisses bis auf den im Jahr 1559 verstorbenen Kurfürsten Otto Heinrich im ausschließenden Besiz der Kurlinie verblieb. Inzwischen drohte auch dem Hause Sponheim zu Starkenburg ein nahe Erlöschen; denn der

einzig Graf Johann V. war ohne Kinder. Als seine vermuthlichen und nächsten Erben galten die Nachkommen seiner beiden Vaterschwwestern, der Mechtilb, vermählt an den Markgrafen Rudolph von Baden, und der Coretta, vermählt an den Grafen Heinrich III. von Beldenz. Um also „Zweigung und Unwillen zuvorzukommen, und damit Land und Leute nach seinem Tod desto besser in Frieden bleiben,“ machte er noch bei seinen Lebzeiten eine Ordnung und Entscheidung, gegeben zu Weinheim am Montage nach dem Sonntage Lätare, Halbfasten im Jahr 1425, insgemein der Weinheimer Entscheid genannt (s. Beilage II. der Schrift Num. 10. und Schoepflin Hist. Zaringo-Bad. VI, 144), dahin:

„Wär es, daß er ohne eheliche Leibeserben von Todeswegen abgehen würde, so sollte dann seine Grafschaft, sowohl die hintere, die er von seinem Vater seeligen, als auch die vordere, die er von seiner Base, Frauen Elisabeth ererbt, an seinen lieben Vettern und nächsten Erben, den Markgrafen Bernhard von Baden und den Grafen Friedrich von Beldenz, jeglichen zum halben Theil, und in fortbestehender Gemeinschaft vererbt werden, jedoch so, daß sie sich zwar in ihren Wohnungen und Schlössern nach gewissen Nut bescheiden (Nutzschirungen) abtheilen möchten, sonst aber überall gemeinen Burgfrieden, gemeinschaftliche Austräge und gemeinschaftlichen Lehenhof bewahren sollten.“ Dieser Entscheid wurde nicht allein von der Gemahlin des Grafen Johann V., Frau Walburga von Leiningen, zum Zeugniß ihrer Beistimmung mitbestegelt, sondern auch von den beiden künftigen Erben, dem Markgrafen von Baden und dem Grafen von Beldenz, leiblich beschworen. Der Tod des alten Grafen Johann erfolgte im Jahr 1437 und damit gieng die Erbeinsetzung des Weinheimer Entscheides in Erfüllung. Graf Friedrich von Beldenz, und statt des Markgrafen Bernhard I. nun dessen Sohn

Markgraf Jakob, erhielten jeder die Hälfte der hintern Grafschaft, und von der vordern Grafschaft jeder zwei Fünftel, weil, wie schon bemerkt wurde, davon das fünfte Fünftel durch besonderes Vermächtniß an Kurpfalz gekommen war. Weil indessen auch der Graf Friedrich von Beldenz keinen männlichen Erben hatte, so gelangte sein Antheil an der Grafschaft Sponheim durch einen Vertrag vom 23. Septbr. 1444 (s. Kurpfalz. gründl. Deduction auf die eventuelle Succession in das Herzogthum Zweibrücken, Beil. 24. Status Causae Bipont. P. II. No. 27.) an den ältesten Sohn seiner Tochter Anna, nämlich an den Pfalzgrafen Friedrich, welchen sie mit ihrem Gemahl, dem Pfalzgrafen Stephan zu Simmern, einem Bruder des Kurfürsten Ludwig III. von der Pfalz, erzeugt hatte. Als sich das Haus Baden in die Baden Badische und Durlachische Linie theilte, kam der Badische Antheil von Sponheim an Baden Baden. Der Pfalzgraf Friedrich II. von der Simmerschen Linie gelangte im Jahr 1559 zur Kur, und vereinigte hierauf mit seinen zwei Fünfteln der vordern Grafschaft auch jenes Fünftel der alten Kurlinie; trat jedoch durch Recesß von 1566 seine Hälfte der hintern Grafschaft an den Pfalzgrafen Wolfgang von Zweibrücken ab. So kam das Condominat der hintern Grafschaft Sponheim an das Haus Zweibrücken, und durch den Pfalzgrafen Karl, Sohn des Pfalzgrafen Wolfgang, an die Linie Birkenfeld. Der Simmerischen Linie folgte im Jahr 1685 sowohl in der Kur, als in den drei Fünfteln der vordern Grafschaft, das Haus Neuburg. Im J. 1707 zu Kreuznach den 24. August (Beilage III. zu Num. 10.) nahmen die Kurpfalz und Baden Baden, mit Vorbehalt der im Weinheimer Vertrag bedungenen Successio mutua, für sich und ihre „successionsfähigen Nachkömmlinge“ eine Auftheilung dieser vordern Grafschaft, nach der oben schon bemerkten Ausscheidung vor, worauf sich endlich im J. 1776 auch das Haus

Zweibrücken mit Baden Durlach, welches Baden Baden kurz zuvor beerbt hatte, in die hintere Grafschaft theilte.

Zur Sicherstellung des jedem Theil verbleibenden Condominats und der sich wechselseitig vorbehaltenen Erbfolge, nebst der compossessione civili, wurde in jedem Antheil dem Inhaber des Landes als regierendem Herrn, dem andern als Erbfolger und Mitbesitzer gehuldigt, und hiernach auch das öffentliche Kirchengebet geordnet.

Nicht leicht sind die ächten Verhältnisse der alten deutschen Rutschirung sorgfältiger und reiner bewahrt und beobachtet worden, als in diesem Fall. Es besteht auch über diese selbst zwischen den beiden hohen Häusern Baiern und Baden kein Streit und Widerspruch, auch nicht der, daß etwa solche alten Erbrechte und Präentionsitel durch die Auflösung der alten deutschen Reichsverfassung vernichtet oder abgethan wären, indem der Reichsdeputationschluß von 1803 §. 45. ausdrücklich besagt: „Es versteht sich von selbst, daß Familiensuccessionsrechte von jenseits Rheinischen und ausgetauschten Besitzungen auf die Entschädigungs- und eingetauschten Objecte als Surrogate übergehen; in welchem Geiste auch die Rheinbundsacte von 1806 Art. 34. die früher begründeten Erbfolgerechte der mediatisirten Stände verwahrt, gleichwie auch die Wiener Congreßacte Art. 18. und 71. ihre besondern Verfügungen, namentlich auf die Gültigkeit alter Erbverträge und Erbverbrüderungen, baut.“ — Als daher Baiern im Jahr 1805 den Wunsch äußerte, „es möchte Baden gefällig seyn, auf künftige mögliche Fälle aus seinen jetzigen Besitzungen bestimmt und namentlich den Gebietsheil auszuweisen, welcher Baiern als neuer Ersatz des verloren gegangenen Sponheimer Condominats und des wechselseitigen Erbanspruchs dienen könnte; so fand der Badische Hof so wenig Bedenken in der Sache, daß er mit größter Bereitwilligkeit dem Baiernischen Verlangen

entgegen kam, und von seiner Seite einen gewissen Bezirk, unter dem Namen Fürstenthum Konstanz, als künftiges Surrogat für Baiern in Vorschlag brachte, worüber sich sodann weitere Verhandlungen entspannen.

Die Gegenstände des Streites, der sich aber dormalen in diesem Bezug erhoben, sind diese:

„Die jetzige Regierung von Baiern glaubt behaupten zu können: Es sey von Seiten Badens nie zu einer deutlichen Erklärung gekommen, was und wieviel man der Krone Baiern unter dem Namen Fürstenthum Konstanz zum Surrogat habe unterstellen wollen. Die Badische Erklärung vom 29. Jul. 1806, „daß die Vergütung der Grafschaft Sponheim an Baiern nicht nach mühseligen Evaluationen geschehen sollte, sondern nach allgemeinen, mit einem vergrößerten Maßstabe geschehenen Schätzungen, welche allerdings das Ganze übertreffen dürften,“ hätten den Baierschen Hof glauben gemacht, daß man auf Badischer Seite den bedeutenden Preis und Umfang des jetzt zu stellenden Surrogats zum voraus schon gehörig zu würdigen wisse. Diese bloßen Unterhandlungen der vorigen Regierung seyen aber zu keinem Abschluß gekommen, hätten auch wegen der inzwischen in der Gegend, wo Baden seiner Seits auf ein Surrogat angetragen, mit Württemberg eingetretenen Grenz- und Territorialveränderungen in der Art gar nicht mehr verfolgt werden können. Hier auf sey es aber gerade Baden selbst gewesen, welches diese Sache von nun an gänzlich abgebrochen und auf sich erliegen lassen. Die politischen Ereignisse seit 1813 hätten überdem einen ganz andern Stand der Dinge, in Bezug auf einen Rückfall der Pfalz, herbeigeführt, der die Fragen über das Sponheimer Surrogat von selbst beseitigt haben würde. Solche zu keinem Abschluß gelangten bloßen Unterhandlungen der vorigen Regierung, denen jetzt ihre ganze

Unterlage entchwunden, könnten also die gegenwärtige neue Regierung nicht verpflichten, welche nun für ihre unerlöschenen und erneuerten Ansprüche keinen natürlichen und gerechten Maßstab wüßte, als diesen: Baden müsse zum Surrogat des eventuellen Baierschen Erbrechts der Grafschaft Sponheim dasjenige anweisen, was dasselbe durch den Reichsdeputationsrecess von 1803, namentlich „pour sa part au Comté de Sponheim“ erhalten. Auf diese Entschädigung seyen die Baierschen Successionsrechte vollständig übergegangen. So wie bei der Unmöglichkeit einer andern Leistung *res in locum pretii*, und umgekehrt *pretium* (der erhaltene Preis *pour sa part au Comté de Sponheim*) in *locum rei*, an die Stelle des alten Sponheimer Condominats, succedirt, und in der Natur einer Erbschaft das Surrogat, ohne Rücksicht auf Mehrwerth oder Minderwerth, die Stelle des ursprünglichen Gegenstandes einnehme. (Glücks Erl. der Pand. VI. S. 542. 548.). Wirklich ist es auch beinahe, als hätten beide Condominatherrschaften den Fall, daß über kurz oder lang eine Veränderung mit dem Object ihres Gesamtbesitzes durch Austausch vor sich gehen könnte, vorausgesehen und es dabei ganz nach den Grundsätzen, welche Baiern jetzt aufstellt, gehalten wissen wollen, nemlich im Theilungsrecess von 1776. S. 30. (Beilage IV. der Druckschrift Num. 10.) „dann ist auch zwischen uns beiden abtheilenden Herren convenirt worden, daß jedem Herrn ohubenommen seyn soll, solche, vorhin benannte Theile (d. i. Eröverich, Winnungen und das Dreiherrische) gegen Land und Leute zu vertauschen, jedoch dergestalten — daß das dagegen Eingetauschte, oder ein anderes den anderen Sponheimer Gemeinsherrn convenables objectum futurae successionis festgesetzt werde.“

Hätte, meint der Baiersche Deducant, umgekehrt Baden für seine Sponheimer Grafschaft nur ein Kloster erhalten, so würde es Baiern als Surrogat gewiß auch nichts weiter als

dieses geboten haben. Wollte man jedoch die beiden mittelbaren Herrschaften im Luxemburgischen, und die ganz unbedeutenden im Elsaß, im überschwenglichsten Fall für ein ganzes Drittheil des Badischen Verlustes gelten lassen, so kämen dann immer noch wenigstens zwei Drittheile der Badischen Entschädigung auf dessen Antheil an der Grafschaft Sponheim.

Dagegen finden wir nun auf Seiten der Badischen Schriftsteller vorzüglich folgendes vorgebracht:

Baiern habe an Entschädigung weit mehr erhalten, als selbst Preußen, auch mehr als Baden, 58½ Quadratmeilen, und 75000 Einwohner. (Num. 6. S. 113, aber doch wohl ganz natürlich, weil auch Baiern weit mehr verloren hatte, als Preußen, und noch weit mehr als Baden, welches außer seiner Grafschaft Sponheim und einigen Domainalbesitzungen im Elsaß und Lothringen gar nichts eingebüßt. Uebrigens ist der Wahn, als ob Baiern in seinen durch den Reichsdeputations-Abschied ihm kärglich und in lauter zerrissenen Stücken zugewiesenen Entschädigungen eine wirkliche Vergrößerung gefunden, in der Hauptschrift Num. 10. S. 1. aus mehreren Nachweisungen in Abrede gestellt.) „Es würde, fahren die Badischen Schriftsteller weiter fort, doch gar zu sehr über alles Maas seyn, wenn Baiern für die Grafschaft Sponheim, die man etwa zu 8 Quadratmeilen Größe, 25,000 Seelen Einwohner und 162,000 Gulden Einkünfte schätzen dürfte, ein Surrogat verlange, das den Inbegriff von 150,000 Seelen übersteige.“ — (Ob die Grafschaft Sponheim nach ihrem jetzigen Bevölkerungsstand jene Schätzung, nach welcher allein der Antheil von Kreuznach vor mehr als 100 Jahren schon zu 12,000 Seelen gerechnet worden, nicht um vieles übersteige, möchte auch in diesem Falle noch die Frage seyn. Nächstdem könnte der Gegner etwa erwidern: die Ungleichheit des Maasses liege nicht in seiner Forderung, son-

dern ursprünglich in der bestimmten Entschädigung, die nun eventuell Baiern, dem gewesenen Mitbesitzer, eben sowohl zu gute kommen müsse, als Baden. Es könne auch Baiern schon darum nicht gleich und einerlei seyn, ob oder was Baden über seinen wahren Schaden ein Mehreres erhalten, weil man das Wichtigste dieser großen Entschädigung aus dem Bestand der Baiersch-Pfälzischen Länder geschöpft, die außerdem desto mehr unzerrissen hätten bleiben können. Eben darum habe also Baiern dasselbige, oder vielmehr noch ein größeres Recht, seiner Zeit mittelst des Surrogats wieder vollständig an der Entschädigung Theil zu nehmen, die zum größten Theil nur aus seinen eigenen Pfälzischen Stammländern gebildet worden. Baden leugnet aber überhaupt, daß es diese seine Entschädigungen ausschließend nur für die Grafschaft Sponheim und seine Luxemburgischen und Elsassischen Güter empfangen. (Die Druckschrift Num. 3. bittet auch wohl zu bemerken: „daß es im Reichsdeputationsschluß bei Baden, und gerade bei Baden nur allein heiße: et caetera.“) Der Moniteur von 1802. Num. 334. (Auszug eines allerdings sehr rhetorischen Ministerialberichts an den ersten Consul) entwickle den Sinn des Entschädigungsrecesses von 1803. ganz deutlich, daß es der Wille Bonaparte's gewesen, die Entschädigung nicht bloß nach dem wahren Verluste, sondern nach politischen Rücksichten, nach Convenances, zu bestimmen, namentlich bei Baden, um den Schwäbischen Kreis zu verstärken und um die Tugenden des alten Herrn Kurfürsten von Baden zu belohnen. (Die Druckschrift Num. 3. S. 22. die inter Titulum indemnitis und incrementi unterscheidet, sucht den wahren diplomatischen Zweck aller Entschädigungen darin, „daß dadurch der Uebermacht Oesterreichs ein Gegengewicht habe gesetzt werden sollen.“ Zu welchem politischen Entzweck sollten denn aber alsdann die eigenen Oesterreichischen Entschädigungen

dienen, doch nicht, um dem beschädigten Oesterreich durch die Macht des entschädigten Oesterreichs ein Gegengewicht zu setzen?)

Baiern aber seiner Seite will eine authentische Interpretation eines deutschen gesetzmäßigen Reichstageschlusses von 1803 durch die Redefloekeln einer Pariser Zeitung von 1802 nicht anerkennen, sowenig als die Nothwendigkeit und selbst die Möglichkeit der Vergrößerung des ohnehin nächst darauf ganz und gar aufgehobenen Schwäbischen Kreises durch die Pfälzischen Stammlande im Oberrheinischen Kreis, „durch Länder, welche an der Mosel liegen.“ Der geheime Friedensartikel zwischen Frankreich und Baden vom 29. August 1796 (Art. X.) gäbe deutlich zu entnehmen, *ex quo titulo incrementi* (wie man Num. 3. zu unterscheiden beliebe), aus welchen politischen Gründen und Convenances eine Verstärkung des ehemaligen Schwäbischen Kreises habe erzwungen werden sollen. *Dans toutes les guerres, qui pourraient être suscitées à l'avenir à la République Française en Allemagne, ses troupes pourront passer et séjourner dans les Etats de S. A. le Marggrave, y occuper tous les postes militaires, nécessaires à leurs opérations.*“ Martens Recueil VI. 687.) — Uebrigens sey noch nie von einem deutschen Staatsmanne behauptet worden, daß die Länder des deutschen Vaterlandes zu dem Ende vorhanden seyen, um damit die Privattugenden seiner Fürsten durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Frankreich belohnen zu lassen. Da ein solcher Rechtsgrund auf deutschem Grund und Boden niemals zulässig gewesen, da er auch, außer der Pariser Zeitung, in dem Reichsschluß von 1803 nicht von weitem her berührt worden, ausgenommen etwa, wie Num. 3. will, durch das Wortlein „*et cætera*“; so habe die Erwerbung der Badischen Entschädigungen einzig und allein nur ihren Grund in dem Verluste seines

Antheils an der Grafschaft Sponheim, „sa part au Comté de Sponheim“; und eben diese neuern Entschädigungen seyen es, auf welche das Baiersche Condominat und Erbrecht „übergehe“; wiewohl auch Num. 3. nach seinen vielfachen scharfsinnigen Distinctionen glaubt: übergehen sage nur übergehen auf einen Theil, nicht auf's Ganze (etwa „jusqu'à la mer. nicht dans la mer“). Da aber Baierns Erbrecht an Sponheim sich nicht bloß auf einen Theil der Grafschaft, sondern aufs Ganze bezog, so kann auch dieses Erbrecht nicht bloß zum Theil, sondern ganz aufs Ganze übertragen worden seyn.

Noch ein anderer neuer Grund wird aufgeboten: „Wort und Sinn des Lüneviller Friedens spreche nur von Entschädigungen für erlittenen Länderverlust erblicher Reichsstände. Die Lande der Grafen von Sponheim seyen zwar unmittelsbar — die Grafen selbst aber nie wirkliche Reichsstände gewesen. Vergebens suche man einen Reichsabschied, welchen ein Graf von Sponheim mit unterschrieben. Daraus erhellte also um so deutlicher, daß man in dem, was der Reichsdeputationschluß von 1803 dem Haus Baden als neue Erwerbungen zugesprochen, nicht sowohl die Entschädigung für die kleine Grafschaft Sponheim, sondern ganz höhere und wichtigere politische Rücksichten und Convenances bezweckt. Eine solche Einwendung ist zwar nicht von der eigenen Badischen diplomatischen Deduction, sondern nur von der Druckschrift Num. 3. S. 9. 18. 33. vorgebracht und Num. 6. fortgesetzt worden. Eine Antwort des Baierschen Deducenten darauf ist also nicht vorhanden. Unser Ermessens würde aber nicht unschwer zu erwiedern seyn: Der Lüneviller Friede, auf den es doch, nachdem der spätere Entschädigungsrecess von 1803 vorliegt, hier gar nicht ankäme, spricht gleichwohl keineswegs von Entschädigung erblicher Reichsstände, sondern erblicher Fürsten; nachdem mehrere Princes et Etats

(b. i. Bisthümer, Abteien, Reichsstädte, Ritterorden, am linken Rheinufer depossedirt worden, so sollten, nicht zwar jene Etats, aber die Princes héréditaires entschädigt werden. (Art. VII.) Dieses charakteristische Unterscheidungszeichen der Princes héréditaires, und der erblichen Reichsstände, wie nachher der Deputationsabschied sich ausgedrückt, um auch über die Ansprüche der erblichen Grafen keinen Zweifel übrig zu lassen, gegen die nicht erblichen und der Aufhebung geweihten geistlichen Fürsten, Stifter, Orden und Reichsstädte, ist es, was die gewiß nie zur Pedanterie geneigten Französischen Geschäftsführer zur Competenz einer Entschädigung haben voraus setzen wollen, nicht aber einen Abgrund hochgelahrter Untersuchungen, ob und auf welchen Reichs- und Grafentagen, Turnieren und Kreuzzügen alle diese Wetterauer, Schwäbischen, Fränkischen und Westphälischen Grafen erschienen oder nicht erschienen seyen? Es ist historisch unbestreitbar, daß die Grafen von Sponheim aus den alten Gaugrafen des Nahgautes hervorgegangen und außer den in Num. 3. S. 51 selbst zugegebenen Beispielen von 1044. 1065. 1075. 1125. 1130. schon in den ältesten Urkunden zur Seite und unter den reichsständischen Fürsten und Grafen, und was die Hauptsache ist, immer in der Klasse der regierenden Häuser vorkommen; z. B. Meinhardus Comes de Sponheim im Jahre 1131; „testes qui praesentes aderant subter notari fecimus: Godefridus Comes de Sponheim im Jahr 1144; Ludovicus Comes de Sponheim (zwischen den Grafen von Ragenellenbogen und Saarbrück) im Jahr 1189; — (s. Tolner Hist. Pal., im Urkundenbuch S. 31. 39. 59.). Würde der Deducent einen einzigen Reichsabschied vorlegen oder nachweisen können, der überhaupt von einer Gesamtheit nicht nur aller weltlichen und geistlichen Fürsten, sondern auch aller Grafen zu damaliger Zeit unterschrieben worden wäre; so würde

man zuverlässig auch die Grafen von Sponheim, sofern sie volljährig oder schon waffenmäßig gewesen, darunter namentlich zu finden haben; aber schwerlich unterschrieben, wovon man in den Reichstagsverhandlungen lange Zeit nichts gewußt, sondern nur inter Praesentes aufgeführt (praesentes subter notari fecimus). In solchen Reichstagsurkunden führten dann die Kaiser gewöhnlich nur solche auf, die zunächst in ihrem Gefolge oder von der Partei gewesen. Auf diese Art findet man denn auch die Grafen von Sponheim erwähnt auf dem Reichstag zu Ravenna 1232 und in eben dem Jahr zu Worms. Namentlich als Grafen von Sponheim haben die Reichsabschiede selbst noch die Herren des Pfälzischen Hauses unterzeichnet im Jahr 1471. 1495. 1512. (Man sehe die neueste Druckschrift Num. 11. wo auch sonst das alte Sponheimische Reichs- und Kreistagsverhältniß umständlich erörtert, dabei auch auf das illustre Beispiel von Oesterreich hingewiesen wird, welches weder wegen Steiermark, noch Kärnthen, Krain, Tirol, Burgau, besondere Reichstagsstimmen geführt. Sollten nun diese Länder keine Reichslände gewesen seyn? — Wem ist es nicht bekannt, daß gerade die Grafen es waren, die wegen der Beschwerlichkeit und Kostbarkeit der Reichstagsbesuche am meisten ausgeblieben, und eben darum zuletzt doch wenigstens in Repräsentativ-Curien haben herbeigezogen werden sollen? Wären die Grafen von Sponheim selbst keine Reichsstände gewesen, so hätten sie von andern eximirt und vertreten seyn müssen. Dies ist aber nicht der Fall, und sie würden alsdann auch nicht einmal an der Kreisstandschafft haben Antheil nehmen können. Die Druckschrift Num. 3. S. 9 und 10 bemerkt überdem selbst, daß in der Reichsmatrikel von 1521, neben dem Badischen Anschlag auch der Anschlag von Sponheim noch besonders, ja auch in dem Reichsanschlag von 1422 ein Graf Johann von Sponheim vorgekommen. Pfälzischer

Seits ist die Reichsständschaft von Sponheim mit auf die Reichstagsrepräsentation von Wädenz und Zweibrücken übergegangen; darneben aber bei der vordern Graffschaft ein Reichstagsanschlag von 3 zu Roß und 10 zu Fuß, oder monatlich 75 fl., bei der hintern Graffschaft von 2½ zu Roß und 8 zu Fuß, oder 62 fl., bestehen geblieben, gleichwie auch noch die neueste Usualmatrikel von 1776 den beiden Grafschaften, der vordern und der hintern, nicht den Personen der repräsentirten Grafen von Sponheim, ihre besondern Lasten zurechnet. Demnach heißt es auch im neuesten Theilungsrecess von 1776: „daß die Lande bei Reichs- und Kreistagen in voto et contributione, bisheriger Observanz nach, vertreten werden sollen. Baden hat sogar in den Jahren 1664 und 1754 eine eigene Stimme auf dem Reichstag wegen Sponheim gesucht (wird also von dem Argument, daß die Graffschaft nicht reichsständisch gewesen, keinen Gebrauch machen können), desgleichen Württemberg wegen Tect. Daß es damit nicht zur wirklichen Einführung gekommen, beweist so wenig, daß Sponheim kein reichsständisches Land sey, als das Herzogthum Tect wegen ermangelnder besonderer Stimme auf dem Reichstage dadurch aufgehört hat, ein reichsständisches Herzogthum zu seyn. Dergleichen Reichstagsstimmen richteten sich bekanntlich nach dem alten Besitzstand von 1582, wo freilich die schon 1437 erloschenen Grafen von Sponheim namentlich nicht mehr auftreten konnten. Es ist ermüdend, der Schrift Num. 6 abermals in diesen fruchtlosen, gar nicht hieher gehörigen, ja der Geschichte und dem alten Staatsrecht durchaus widerstrebenden, paradoxen Sätzen, Spitzfindigkeiten und Neckereien zu folgen, (von S. 1. bis 38.) z. B. ob in Ravenna an Weihnachten 1231 ein Reichstag gewesen? oder nur eine Congregatio Generalis? oder vielleicht erst 1232? und daß ein gewisser Graf von Sponheim nicht Simon sondern Stephan geheißen, wiewohl die-

fer kleinen Berichtigung die Stammliste der Grafen von Sponheim widerspricht, (Vogt Rhein. Sagen III. 187) und es überhaupt nie und zu keiner Zeit einen gebornen Grafen Stephan von Sponheim gegeben haben dürfte. Was könnten alle diese Umstände ändern, wenn sie mit ihren Pünctlein sich so, oder auch umgekehrt so, verhielten? Endlich möchte man fragen, was sollte Baden selbst mit dieser merkwürdigen und bedenklichen Ausflucht: „daß nur für reichsständische Lande eine Entschädigung gebührte, die Grafen von Sponheim aber keine Reichsstände gewesen,“ anders gewinnen können, als daß dadurch das klare Indebitum seiner empfangenen Entschädigung, die nothwendige Unstatthaftigkeit des Reichsdeputationschlusses von 1803 in seinem Artikel: „*Bade aura pour sa part au Comté de Sponheim*“, sodann aber zum Vortheil Baierns wenigstens diese Ueberzeugung hervor- gehen müßte, daß es nicht nöthig gewesen, noch weniger jetzt ferner nöthig wäre, Baden mit einem Bezirk aus des königl. Baiernischen Hauses alten Stammlanden in der Pfalz, von mehr als 100,000 Einwohnern, zu entschädigen? —

Die Badischen Schriftsteller rufen allerlegstens noch eine neue Einwendung zur Hilfe: Baden nicht minder als Baiern seyen von Patrimonialstaaten in verfassungsmäßige Staaten übergegangen. Die Badische Verfassung von 1818 erkläre das Großherzogthum für untheilbar und unveräußerlich in allen seinen Theilen. Dadurch wären alle partiellen Erbrechte, durch welche früher oder später einzelne Theile vom untheilbaren Staat abgerissen werden wollten, in das Bodenlose gefallen. Sollten aber diese Erbrechte im äußersten Fall gleichwohl fortauern, so könne es nur auf eine Art geschehen, welche der Integrität des Staats entspreche; das heißt, der Erbe könnte das ihm angefallene Erbtheil nur unter fortdauernder Souveränität des Landes fortbesitzen, unter welcher es bis zum Erbanfall gestanden.

Baiern entgegnet hierauf: „Diese Folgerungen ließen sich nicht im mindesten vertheidigen und verriethen vielmehr ein gewisses Mißtrauen in die Gültigkeit des eignen Rechts, aus dem ein letzter Versuch hervorzugehen scheine, sich durch einen Rückzug zu decken. Fürs erste widerspreche dem schon die eigene Ansicht des Badischen Hofes, welcher im Jahr 1806 der Krone Baiern als Surrogat der Grafschaft Sponheim das unter deutscher Verfassung mit fürstlichem Stimmrecht versehen gewesene Fürstenthum Konstanz vorgeschlagen, und in einem Fürstenthum Lindau eben ein solches mit Hoheit begabtes Aequivalent dagegen verlangt, eine Ansicht, welche noch im Jahr 1807 fortgesetzt worden, als man für Lindau ein anderes Surrogat vorgeschlagen, wobei die Souveraine von Baiern und Baden weit entfernt gewesen, sich bei eintretendem Fall wechselseitig als mediatisirte zu betrachten, da vielmehr Baden die Titel und Wappen der Surrogatländer neben den Sponheimischen, als Zeichen des Erbrechts auf souveränem Gebiete, anzunehmen entschlossen gewesen. Nachdem bei Auflösung des deutschen Reichs in der rheinischen Bundesacte (Art. 34.) festgesetzt gewesen, daß die eventuellen Rechte der Nachfolge über Souveränitätslande in dem Bunde vorbehalten bleiben; so habe man auch damals schon sich keine andere Ansicht zu eigen zu machen gewußt, als daß die Erbfolge auf das Gebiet eines Bundesmitglieds von der Nachfolge in die Souveränität unzertrennlich sey. Ganz dieselben Grundsätze hätte die Wiener Congreßacte und das Grundgesetz des deutschen Bundes in Absicht künftiger Rückfälle oder Erbanfälle von souveränen Gebieten beibehalten, und wäre es daher z. B. nicht zu glauben, daß wenn die Lausitz jemals wieder, vermöge Anwartschaft, an Oesterreich fallen sollte, dieselbe nicht auch damit unter Oesterreichische Hoheit kommen, sondern ein Sächsischer oder Preussischer Landesheil bleiben würde. Und endlich zu allem

Ueberfluß habe die deutsche Bundeseschlußacte (Art. 6. und 16.) hinlänglich über diese Fälle, und zwar überall gegen die neuern Badischen Ansichten entschieden. Der Artikel 6. lasse nemlich als möglich zu: 1) die Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund; 2) Veränderungen im Besitzstand der gegenwärtigen Mitglieder, sofern sie mit Zustimmung der Gesamtheit geschehen; 3) freiwillige Abtretungen der auf einem Bundesgebiet haftenden Souveränitätsrechte — jedoch nur zu Gunsten eines Mitverbündeten. Darin allein liege also das Interesse der Gesamtheit des deutschen Bundes, daß sich nichts Ungleichartiges in denselben eindränge, Souveränitätsrechte ihrer einzelnen Glieder nicht an solche gelangen, welche keine Mitverbündeten sind. Und so sey denn auch im 16. Art. der Fall vorausgesehen: „daß Besitzungen eines deutschen Hauses durch Erbfolge auf ein anderes übergingen,“ wobei es dem deutschen Bund selbst nur darauf ankomme, daß das neue Stimmverhältniß im Plenum regulirt werde. Das Haus Pfalz habe sich auch im Badischen Antheil der Grafschaft Sponheim schon in einem Mitbesitz der Landeshoheit befunden. Noch bei der neuesten Theilung von 1776 habe ihm eventualiter gehuldigt und das Kirchengelb mit auf die Pfälzischen Regenten gestellt werden müssen; folglich könne es auch jetzt als Surrogat kein anderes Land annehmen, als ein solches, worauf dieselben Rechte haften, Rechte, welche für das Haus Baden in seinen Entschädigungen hoch genug in Anschlag gekommen. — Habe Baden durch seine Verfassungsurkunde diejenigen Entschädigungslande, welche es für seine Grafschaft Sponheim erhalten, und worauf ihm die Anrechte und Ansprüche Baierns wohl bekannt waren, mit unter diejenigen Bestandtheile seines Staats einbegriffen, welche es für untheilbar und unveräußerlich erklären wolle; so könne ein solcher versteckter, heimlicher und einseitiger

Versuch doch nicht als ein Entscheidungsgrund gegen offenkundige und ältere Rechte Dritter geltend gemacht werden. Wie hätte Baden, im guten Glauben, gegen den noch im Jahr 1808 wiederholten Antrag auf Erneuerung der Sponheimischen Erbverträge die anerkannte Sponheimische Souveränität auch über die Surrogatlande dem Mitgenossen der Erbgemeinschaft heimlicher Weise entziehen können? —

Allein mit allem diesem ist nun auch auf den Fall des Sieges nur ein Theil der Mauer erstiegen und es stellen sich von Seite Badens, dem eindringenden Gegner neue Phalangen entgegen, die ihm den Zeitpunkt, zum Palladium seines Surrogats zu gelangen, noch auf viele und nicht zu berechnende Jahre hinauszurücken trachten. Während Baiern nemlich den letzten echten Sprossen der Badischen Condominatherrn von Sponheim in dem jetzt regierenden Herrn Großherzog von Baden zu erblicken glaubt; so wird dagegen von Seiten der Badischen Schriftsteller behauptet, daß in Ermangelung eigener männlicher Nachkommen des jetzigen Herrn Großherzogs, die vormaligen Herren Grafen von Hochberg, so wie nach Auerkennutniß der Mächte in der eigentlichen Markgrafschaft Baden, also auch in die Rechte der alten Grafen von Sponheim nachzufolgen hätten. Mit der Abstammung und den Ansprüchen dieser Herren Grafen von Hochberg, jetziger Markgrafen, hat es aber folgende Bewandniß:

Im Jahr 1787 ließ sich der damalige Herr Markgraf Karl Friedrich von Baden mit der Tochter eines in seinen Diensten stehenden Obristleutenants, von Geyer, Namens Louise Carolina, trauen, jedoch nur zur linken Hand und mit der Bestimmung, daß weder der von Geyer noch ihren Töchtern ein fürstlicher Name, Titel und Rang irgend jemals zukommen soll, wegen Namen, Stand und Wappen, und dem Erbfolgerecht der Söhne aber, im Fall gänzlichen Abgangs

anderer männlicher Nachkommenschaft, die nähere Bestimmung vorbehalten bleibe. Hierzu wurde von den Söhnen des Herrn Markgrafen der agnatische Consens ertheilt, und von der Braut selbst vor der Trauung eidlicher Verzicht geleistet, lauter Solennien, die bei Eingehung ungleicher morganatischen Ehen wesentlich erforderlich sind und gewöhnlich beobachtet werden. Der Ehevertrag selbst, in seiner Vollständigkeit, ist jedoch von Baden niemals mitgetheilt worden, während man doch mit andern Urkunden minder zurückhaltend war, woraus dann andrer Seits die dringende Vermuthung geschöpft werden will, es möchte wohl dieser Ehevertrag ursprünglich schon solche Bedingungen enthalten, welche den später aufgestellten Grundsätzen und Ansichten des Hofes so eigentlich doch nicht entsprächen. — Nach einer spätern Disposition, angeblich vom 20. Februar 1796, aber ebenfalls dem Hause Baiern niemals mitgetheilt, sollen die Söhne aus dieser Ehe linker Hand sich zwar vor wie nach des fürstlichen Stands enthalten, jedoch den Namen Grafen von Hochberg führen und nach Abgang der Badischen fürstlichen Nachkommen zur Succession in gesammte Lande gelangen. Bald darauf hat auch ein kaiserliches Diplom die Freifrau von Geyer zur Gräfin von Hochberg erhoben. Zehn Jahre später, unterm 10. Sept. 1806 (s. Beilage 2, Num. 2.), wurde sich des neu erlangten Titels der Souveränität dazu bedient, um jetzt die Herren Grafen von Hochberg, gleich den andern Prinzen des Hauses, zur Nachfolge berechtigt zu erklären. Wiederum kraft zustehender Souveränität wurden die Herren Grafen von Hochberg durch das Familienstatut vom 4. October 1817 (s. Beilage 3 a. a. D.) ermächtigt, Hausitel und Wappen als Markgrafen von Baden zu führen, wobei sich Baiern verwandern will, wozu es immer so vieler Souveränitätsacte, eines nach dem andern bedurft, sofern es sich von natürlichen und ursprünglichen Rechten der Geburt

gehandelt hätte? gleichwie man überdem fragen könnte, wie weit denn überhaupt ein Souveränitätsact ein *factum pro infecto*, ein *infectum pro facto* annehmen, oder gleichsam Wunder wirken, und warum am Ende nicht auch eine Prinzessin zu einem Prinzen erklären könne, alles kraft der Souveränität! Eine Grenze, daß sieht Jedermann, müßte zuletzt doch in der äußersten Kraftäußerung jeder Souveränität liegen. Ja nach dem ältern Staatsrecht, und den vielfach bekannten völkerrechtlichen Verhandlungen über die Nachfolge auf erledigte Throne, z. B. England, Spanien, steht vielmehr fest, daß es keineswegs der noch lebende Souverän ist, welcher über die schon rechtlich bestehende eventuelle Successionsrechte Anderer zu entscheiden oder daran zu mindern oder zu mehrern hat; s. Heffter S. 67. Mosers Staatsrecht XXIII. 178. Eine im Vollzug ungleich gewesene Ehe konnte durch keinen spätern Act gültig oder gleich gemacht werden, s. Sächs. Landrecht I. 16. Schwäbisch Landr. 56. Angenommen jedoch, daß die anfangs bloß morganatische Ehe später zu einer vollgültigen hätte wirklich erklärt werden können, so würde gleichwohl nach der Wahlcapitulation von 1790 Art. 22. hierzu die ausdrückliche Einwilligung der zur Erbfolge Berechtigten, und hier in Bezug auf die Grafschaft Sponheim, des Pfälzischen Hauses, erforderlich gewesen seyn; am allerwenigsten würde dem Herrn Markgrafen im Jahr 1796 eine solche einseitige Befugniß zum Abbruch des im Jahr 1790 vorausgegangenen Reichsgesetzes zugestanden seyn.

Als der alte Stamm der Zähringer zu erlöschen drohte, mußten allerdings die Sorgen der letzten Regenten aus diesem Hause, und selbst der europäischen Mächte dahin gerichtet seyn, Mittel zu finden, wodurch dem bedenklichen Kampf über einen erledigten Besitz vorgebeugt und die Nachfolge eines großen Landes geordnet werden könne. Baiern versichert, die in solchen Verhältnissen ganz natürlichen Wünsche

und Rechte der Großherzoge nie verkannt oder angefeindet zu haben. Der König sehe dem neuen fürstlichen Geschlecht eines alten, ihm vielfach verwandten Hauses mit dem freundlichsten Wohlwollen entgegen; nur könne er nicht zugeben, daß dieselben Verhältnisse, welche für die eigentlichen Badischen Markgraffschaften neue Bestimmungen nöthig und erspriesslich machten, das Wesen der Erbfolge in dem Surrogat der Graffschaft Sponheim geändert und Baierns Rechte vernichtet hätten. Das Geschlecht der Grafen von Sponheim werde seit der Verbrüderung von dem Markgrafen von Baden und zugleich von dem Pfalzgrafen am Rhein repräsentirt. Dieses Geschlecht sey nur in dem Einen Zweig seinem Erlöschen nahe. Was indessen das Schicksal über Badens Zweig verhängen sollte, in seinen Pfälzischen Sproßlingen stehe der Stamm noch aufrecht in voller Fülle und Kraft. Bei der bewährten Heiligkeit der Erbverträge und bei der Offenkundigkeit einer unbestrittenen Mitherrschaft handle es sich nicht um erledigten Besiz, sondern nur um den Uebergang an den wahren legitimen Erben. Wie die europäischen Mächte für eine den Frieden sichernde Nachfolge in den Markgraffschaften von Baden neuerlich Anstalten getroffen; so hätten bereits vor 400 Jahren die alten Grafen von Sponheim für den Fall, daß ihr neuer Stamm im Hause Baden oder in jenem der Pfalz erlöschen sollte, in den klarsten Bestimmungen und Anordnungen zu sorgen gewußt. Diese alten Sponheimer Hausverträge und Geseze hätten Sponheimer Erbfolge und Mitbesiz ausdrücklich an die hergebrachten Grundsäze der ebenbürtigen ehelichen Abstammung gebunden, und verhindert nun rechtskräftig, daß nach Abgang einer männlichen Nachkommenschaft des jetzigen Herrn Großherzogs, die vormaligen Herren Grafen von Hochberg als solche Erben und Mitersben der Graffschaft Sponheim eintreten könnten.

Die Grafen von Sponheim waren fürstenmäßige Personen des in Deutschland regierenden Standes, Comites, nobiles Viri, die in ihrem Dominio Comitatus ihre viros infeodatos, milites et famulos hatten (Urf. bei Kremer S. 240). Die andern Gutbesitzer innerhalb der Grafschaft angeschlossen, waren nicht ihres Gleichen, oder überhaupt auch nur nach damaligen Begriffen für adelig geachtet, sondern ihre Fideles, Ministeriales und Castrenses (s. Theilung von 1277 bei Kremer 217). Sie unterwarfen sich bei Ansprüchen Dritter nicht den Neuerungen römischer und kanonischer Gesetze, sondern nur den Sprüchen „nach guter alter Landesgewohnheit“ (s. Harpprecht's Staatsarch. des R. G. I, 153). Gemäß solcher guter alter Landesgewohnheit war es daher auch, daß der Weinheimer Entscheid von 1425 festgesetzt:

„daß also für baß die Grafschaft auf je den Eltesten Sun der beiden Stämme gefallen sollen, sofern sie darzu gut und tögend sind“

d. i. nobilis, altadelig, guds Ragineis, nobilis Decurio, Evang. Marci Gothicum, XV. 43. Gada Kunds, homo nobilis, Luc. XIX, 12. Boni Homines s. Wachter voce Gut. Tügen, tögen, taugen, id quod praestare, „Excellentia,“ qua aliis praestamus; ib. voce Tugend.

Eine solche Bedingung war auch durchaus nothwendig; denn bei dem großen Lehenhof der Grafen von Sponheim (von dem ein bedeutender Theil selbst auf dem rechten Rheinufer übrig geblieben) würden sich die Vasallen wohl gehütet haben, ihre Lehen aus den Händen eines Erben zu empfangen, der seine Oberlehenherrlichkeit nur allein noch auf eine Abstammung aus unstandesmäßiger Ehe hätte begründen können — nach Maßgabe des Sächsischen und aller andern Lehenrechte, besagend: „Wenn eines Lehenherrn Sohn dem Vater nicht ebenbürtig sey, möchten des Vaters

Vasallen sich wohl weigern, ihre Lehen zu empfangen.“ Niemals wird ein Beispiel aufgefunden werden können, daß ein Graf von Sponheim einen Mann des niedern Adels für seinen Genossen geachtet, dessen Tochter er seinem Sohn hätte vermählen dürfen. Er, der Reichstand, der hochadelige Graf, die Tochter eines dienenden Edelmanns (Ministerialis), der mit ihm keinen gleichen Richter, keinen gleichen Heerschild hatte? Die Grafen von Sponheim, welche andere Freie zu ihren Vasallen hatten, waren Semperfreye; der Freie, welcher die Lehen empfing, war nur mittelfrey. Ein gleicher Heerschild unter solchen Verhältnissen, oder eine Genossenschaft war unmöglich. (S. schwäbisches Landrecht und sächsisches Landrecht.) „Sue so dem andern ebenbürtig nicht ne is, de ne mach sin Erve nich nemen.“ Sachsensp. I. Art. 17.

Die Herren Grafen hatten auch nicht nöthig, ihre Versorgung wegen Nachfolger aus ungleichen Ehen in eine weite Zukunft hinauszustrecken; sie war schon gerechtfertigt zu ihrer Zeit, was um so besser den ächten Sinn ihrer Hausgesetze und Erbverträge nachzuweisen dient. Schon der Graf Johann II. von Kreuznach (†. 1340) machte mancherlei Versuche, seinem natürlichen Sohn, den er von Kaiser Ludwig dem Baier legitimiren ließ, eine Ausstattung mit dem Schloß und Gebiet von Koppenstein und der Klostervogtei über Au zu verschaffen und ihm das Sponheimer Wappen beizulegen; Veranlassung genug, um in den folgenden Verträgen und Entscheidungen desto bestimmter auf gute und tögende Erben und eine Bewahrung des reinen Wappens von Sponheim zu dringen (Trithemii Chron. Sponh. ad a. 1325. Kremer S. 319). Es kann demnach nicht der geringste Zweifel übrig bleiben, daß nach dem Grundgesetz der Sponheimischen Erbfolge von 1425 die strengste Ebenbürtigkeit zur Erbfähigkeit erfordert werde. Zu allem Ueberfluß ist

diese Bedingung der Successionsfähigkeit, im ächten germanischen Geist des Weinheimer Entscheides, auch in dem Theilungsrecess von 1707 neuerdings als ein Familiengesetz vorgeschrieben worden.

So sagt Baiern, dem Baden in der Hauptsache Folgendes entgegensetzt: Die Ehe eines deutschen Fürsten mit einem adelichen Fräulein, noch dazu aus einem alten reichsritterschaftlichen Hause, könne für keine ungleiche, unstandesmäßige oder überhaupt für keine Mißheirath gehalten werden. Ähnliche Fälle, welche sich im Badischen Hause selbst ereignet (fünf an der Zahl, s. Num. 2. S. 39) und dazu beispielweise noch mehrere in andern fürstlichen Häusern (hier sechs an der Zahl), hätten hierin seit dem funfzehnten Jahrhundert ein rechtskräftiges Reichsherkommen gebildet; dergleichen Fälle die Druckschrift Num. 3. und 6. S. 59 noch weit mehrere zusammen zu stellen gesucht; besonders einen aus dem Sponheimer Hause selbst, nemlich die Vermählung des Grafen Simon, Stifters der Kreuznacher Linie, mit einer Margaretha von Böckelheim im Jahr 1240. Allein der Beweis, daß dieses Geschlecht Böckelheim wirklich nur von niederem Adel, und dasselbe mit den später vorkommenden Rittern und Burgmannen von Böckelheim oder Beckelnheim gewesen, ist nicht hergestellt. Bei Gebhardi, geneal. Geschichte der erblichen Reichsstände I. 298. sind die Beckelnheim wirklich in der Liste ehemaliger alter Reichsstände mit aufgeführt. Es kommt schon im Jahr 1012 ein Cuno von Bekelnheim vor, wo es noch gar keinen niedern Adel gegeben, am wenigsten einen solchen, der sich von seinen Schlössern benannt. Dieses Böckelheim selbst war kein bloßes unbedeutendes Rittergut, sondern ein eigenes Amt, das auch noch ein Schloß Böckelheim, ein Thal Böckelheim, einen Marktflecken und Wald Böckelheim, eine Stadt Sobernheim, eine Stadt Menzingen, eine Stadt Obernheim in sich be-

griffen. (f. Simon Annalen der innern Verwaltung der Länder auf dem linken Ufer des Rheins I, S. 307.) Wenn daher von einem oder dem andern dieser Orte, Böckelheim genannt, ein Burg- oder Lehenmann den Namen angenommen, so darf ein solcher mit dem hochadeligen Lehen- und Standesherrn nicht verwechselt werden. Denn solche Namensgleichheiten, hier des Herrn, dem die Burg gehört, und des Burgmannes, der davon dient, kommen gar häufig vor; z. B. die berühmten Markgrafen von Bohrburg, und neben ihnen ihre Burgmannen, die von Bohrburg, die alten Grafen von Truhendingen und Reichsvögte von Spielberg, und darneben wieder ihre Vasallen, die Willing von Truhendingen, und die Truchessen von Spielberg, die Grafen von Sulzbach und die Truchessen von Sulzbach, die Ortenburgischen Grafen von Murach und die Herren von Murach u. a. m. Dagegen dürfen eben so wenig Geschlechter, welche zuweilen ohne Beifügung des Grafentitels sich lediglich nach ihrem Stammschloß benennen, z. B. Ludovicus de Otingen, Albertus de Hohinloh, Rupertus de Castelle, deswegen unter den gemeinen Adel gesetzt werden, in welchen Irrthum die nemliche angeführte Druckschrift verfällt, indem sie bloß auf diesen Grund hin unter ihren Beispielen aus alten Urkunden mehrere Namen aufgeführt, welche ganz notorisch zu den Geschlechtern des hohen Adels gehört: z. B. die Scala oder von der Leiter, von welchen uns No. 6. mit dem Mährlein erfreut, daß sie ursprünglich Leiterträger (vermuthlich Schornsteinklehrer?) gewesen, ein ehemals sehr mächtiges regierendes Haus in Verona und Vicenza, so gut wie das der Visconti oder Medici. "Magnificus et potens Vir, Canis Grandis de la Scala, Veronensium et Vincenciae Dominus Generalis, war ein Schwager von Markgraf Ludwig, Kaiser Ludwigs. Prinzen (f. Hund Stammbuch unter Herrn von Bern II.

§. 44.) die Fleckenstein, welche die Grafschaft Ried im Elsaß als Reichslehen besaßen, die hernach, mit heftigem Widerspruch des Hauses Dettingen, an die Prinzen von Rohan gekommen; die Sötern, denen die Reichsgrafschaft Dachstuhl gehört, wovon sich hernach die Grafen von Dettingen, als weibliche Nachkommen und Fideikommißerben, Grafen von Walderu und Sötern geschrieben und dafür im Reichsdeputationschluß eine bestimmte Entschädigung bekommen; die von Rakenstein, eine Linie des berühmten Schwäbischen Dynastengeschlechts von Hürnheim, de alta Domo, hirsuta Domo, das sich in die besondern Häuser Hochhaus, Hochaltingen, Tierheim und Rakenstein, alle im schwäbischen Rieß, abgetheilt. (Noch ausführlicher sind andere vorgebrachte Beispiele von Num. 3. durch Num. 10. §. 22—42 beleuchtet.) Sie sind sammt und sonders kein neuer Fund; in Bürgermeisters Grafen- und Rittersaal III. 441. hat man sie zu ganzen Nestern. — Ausnahmen bewähren gerade, daß es doch eine gegenseitige Regel müsse gegeben haben, von der man aus freiem Willen oder nach Umständen habe abgehen wollen. Gerade aus diesen Abweichungen erkennt man die Autonomien der einzelnen Fürstengeschlechter. Anderer Seits folgt daraus, daß standeswidrige Ehen statt gefunden haben, nichts weiter, als das Daseyn solcher obervanzwidrigen Beispiele, nicht aber ihre Rechtmäßigkeit, denn nicht alles, was geschieht, ist rechtmäßig bloß dadurch, daß es geschehen ist (s. Hall. A. L. Z. 1829. Num. 99.). Wenn aber ja ein Unterschied zwischen dem Verf. von Num. 6. und dem alten Lehrer Pütter statt finden mag, so ist es der, daß jener Herr Verf. §. 55. behauptet: „ein einziger qualifizirter Fall sey hinreichend, ein Staats- und Familienherkommen zu beweisen;“ der Vater Pütter aber (über Mißheirathen §. 435.): daß wenn auch 99 Familien in ihrem Schooß ein gewisses Prinzip adoptirten, dieses doch die hundertste

selbstständig stehende nicht binden würde. Ein allgemeines, oder sogenanntes Reichsherkommen hat also nicht begründet werden können, so lange nicht die Anerkennung und Zustimmung aller in dieselbe Kategorie gehörigen Familien nachgewiesen ist. Hefster S. 33. Denn zu Bildung eines Herkommens gehört nach der Bestimmung aller Publizisten, ein tacitus consensus aller, ex opinione necessitatis, daß es so seyn müsse, hervorgegangen, und fortwährend durch ein gleichförmiges Verfahren in allen einzelnen Fällen an Tag gelegt, so daß keine *casus contrarii* vorkommen. Es hat auch wirklich solche alte gräfliche Häuser gegeben, wo man streng auf volle Ebenbürtigkeit der Ehe drang und bringen mußte, so lange ein gräfliches Haus auf Gleichheit seines Geburtsstandes mit den Fürstenhäusern halten wollte. Selbst meistens auch da, wo eine Mißheirath sich eingeschlichen, ist man alsbald wieder in der nächsten Generation auf die bessere Wahrung der Ebenbürtigkeit zurückgegangen. Der Kaiser oder der Reichshofrath auf alle Fälle haben kein entgegengesetztes Reichsherkommen schaffen können. Der Kaiser war vielmehr selbst für seine Person in den allgemeinen Begriff nothwendiger Ebenbürtigkeit befangen, und ausdrücklich auch für seine Gemahlin. Die Fürsten sollen wählen einen König, der ein freier Herr sey, und also frei, daß sein Vater und seine Mutter frei seyn gewesen und nicht mittelfrei. Und hat er ein Weib genommen, und ist die Frau nicht eben so frei, so soll man sie nicht wählen zur Königin, dieweil das war wider Recht.“ Sächs. Landr. 24. Und wenn daher in jenen alten Zeiten der Kaiser einen ritterbürtigen Mittelfreien zum höhern Heerschild eines Fahnlebens erhob, so wurden seine Nachkommen doch erst im dritten Grad den wirklichen Semperfreygebohrnen gleich gehalten. S. Sächs. Lehenr. 21. —

Obwohl nun die Badischer Seite früher bekannt gewordenen Urkunden die Ehe des Herrn Markgrafen mit dem Fräulein von Geyer ausdrücklich eine Ehe zur linken Hand benennen, so räumen doch anderer Seite die Badischen Schriftsteller nicht ein, daß diese nemliche Ehe gleichbedeutend mit einer morganatischen sey; vielmehr habe der Geheimrath zuvor schon dringend abgerathen, daß das Eheverlöbniß nicht ad Morganaticam eingegangen werde, auch die Disposition von 1796 erklärt, daß die Ehe keineswegs als eine morganatische angesehen werden sollte. Der Herr Markgraf habe sie als eine bedingte eingegangen, damit er den Lasten des Landes desto sicherer gewachsen bleiben möge. Die Bairische Geschichte biete einen ähnlichen Fall dar in der Ehe des Herzogs Ferdinand mit der Hofdienerstochter Maria Pettenbeck, worüber ein Vertrag von 1588 bestimmt, daß die männlichen Nachkommen, die nachher so betitelten und 1736 ausgestorbenen Grafen von Wartenberg, auf den Fall zur Erbfolge sollten gelangen können, wenn sämtliche Nachkommen in der Linie des Herzogs Wilhelm würden ausgestorben seyn; sodann in der Ehe des Pfalzgrafen Johann Karl mit Maria Esther von Wigleben im Jahr 1595. Endlich nachdem das Bairische Familiengesetz vom 18. Januar 1816 bestimme, daß eine ebenbürtige Ehe eine solche seyn solle, welche im Königlichen Hause als standesmäßig anerkannt worden; so sey kein Grund abzusehen, warum die Entscheidung, ob eine Ehe im Badischen Hause für standesmäßig zu halten wäre, nicht ebensowohl allein von dem Anerkenntniß in diesem Großherzoglichen Hause selbst abhängen sollte.

Hierwider ergreift nun Baiern von neuem das Wort und behandelt es als einen großen Irrthum, wenn man eine Genossenschaft zwischen hohem und niedern Adel darin glaube begründen zu können, weil doch der niedere Adel dem hohen

Adel am nächsten gestanden und gleichsam als ein Nebenzweig desselben hervorgegangen. Denn bekanntlich ist der niedere Adel erst im zwölften Jahrhundert entstanden, nicht aus den Zweigen des hohen, sondern aus seinen Dienern, Hofgesind, Lehenmännern, welche übrigens vor dem hochgeachteten freien Bürgerstand, der selbst dem Erztist Mainz seinen Willigis und Nischpalt, Regensburg seinen Bischof Leo gegeben, in Absicht der Geburt nicht das Mindeste voraus hatten, sondern sich erst allmählig, im Genuß des größeren Landeigenthums und im Glanz eines dienstbaren Hoflebens, bei dem man noch dazu ein gewisses Kriegs- und Ritterspiel getrieben, dem jüngern gleichgebornen Bruder vorgebrängt. Zu keiner Zeit ist es dem niedern Adel gelungen, die große Scheidewand zwischen ihm und dem hohen Adel der regierenden Häuser, denen auch noch der Reichsabschied von 1548 „eine Praeeminentia des Adels“ zugestehet, zu übersteigen. Ueberall tritt das Verhältniß als Herr im hohen, als Diener im niedern Adel hervor. Man darf sich also nicht auf der einen Seite den hohen und etwa neben ihm, als ein zweites Glied desselben, den niedern Adel, im Gegensatz mit der Gesamtheit der unadeligen Freien, oder heut zu Tage des Bürgerstandes denken; sondern auf der einen Seite allein und ohne seines Gleichen nur den hohen Adel als die Regierenden, ihm gegenüber aber den großen Stamm der Freien als die Regierten, davon ein Theil durch die Gunst äußerlicher Verhältnisse in der Folge als niederer Adel, der andere als der Bürgerstand benannt worden. Alle Gründe, die man für die Gültigkeit der Ehen mit Adelligen anzuführen gesucht, führen daher am Ende so ins Weite, daß alsdann auch die Ehen mit Bürgerlichen nicht ausgeschlossen werden könnten, insofern sie aus dem alten Stamm der Freigebornen hervorgegangen, welcher früher auch die Adelligen selbst als seine Stammgenossen mit inbegriffen. Die einzel-

nen Rechte der Reichsritterschaft, welche aus ihrer erst im 16. Jahrhundert gebildeten Corporation den Ursprung genommen und sich nie zu einer Theilnahme an der Reichsständschaft, selbst nicht in der Masse ihres ganzen Körpers, oder zu einer Gleichheit mit den andern Reichsständen gestaltet, haben an ihrem Geburtsstand als Adelige, als Glieder des niedern Adels, nichts gebessert; so wenig als der Umstand, daß der Eine ein Reichsbürger der unmittelbaren Hansestadt Hamburg, der Andere ein freier Bürger der Provinzialstadt Zelle wäre, einen Unterschied in ihrem beiderseitigen bürgerlichen Geburtsstand machen würde. Im Gegentheil, wenn man durch die Genossenschaft mit der Reichsritterschaft zur Ebenbürtigkeit mit den Fürsten hätte gelangen können, so wäre diese auch den Bürgerlichen selber geöffnet gewesen, denen, wie zahlreiche Beispiele lehren, Reichthum und gesellschaftlicher Einfluß die Schranken der Reichsritterschaft auf das bereitwilligste gelüftet haben. Das unbefangenste Zeugniß aber giebt der berühmte Welt Ludwig von Seckendorf, selbst ein vornehmer alter Adelige und Reichsritter, wenn er in seinem deutschen Fürstenstaat II, 166 sagt: „Nach altem Herkommen Deutschlands verheiratheten sich die deutschen Fürsten und vornehmen Reichsgrafen an keine andere Person, als welche aus fürstlichem, gräflichem, oder demselben gleichgeachtetem Geschlechte geboren ist. Und sind Exempel anzuziehen, daß, im Fall es eine fürstliche und hohe Person anders gehalten und an eine gemeine von Adel oder bürgerliche Standesperson sich vermählt, es ihnen nicht allein zur bösen Nachrede gereicht, sondern auch den also erzielten Kindern ihr Stand und Recht zur Landesregierung sehr beschnitten, auch wohl aberkannt, oder sie mit geringern Gütern abgewiesen worden.“

Wenn aber auch noch irgend ein Zweifel bestehen könnte, daß der ehemalige unmittelbare Reichsadel in Deutsch-

land mit dem hohen deutschen Adel in keinem Verhältniß der Ebenbürtigkeit gestanden sey; so müßte dieser bei den Bestimmungen der deutschen Bundesacte vom 8. Juni 1815 Art. 14. durchaus verschwinden. Nur bei den seit 1806 mittelbar gewordenen, ehemals reichsständischen und gräflichen Häusern ward festgesetzt, daß sie fortan nichts desto weniger zu dem hohen Adel gezählt werden und daß ihnen das Recht der Ebenbürtigkeit in dem bisher damit verbundenen Begriffe verbleiben soll. Auf den ehemaligen Reichsadel fand diese Bestimmung keineswegs eine Anwendung. Es konnte aber auch dieses um so weniger der Fall seyn, als selbst den mittelbar gewordenen, ehemals reichsständischen Häusern, die fortan zugesicherte Ebenbürtigkeit nur in dem Maaß verbleiben soll, wie sie dieselbe bisher, nemlich nach dem frühern Herkommen, den Gesetzen und Familienverträgen, d. i. in dem damit verbundenen Begriffe, hergebracht hatten, wodurch entschieden ist, daß nur die ehemals reichsständischen Häuser eine Ebenbürtigkeit mit den souveränen Häusern des deutschen Bundes auf die oben bestimmte Weise hergebracht haben, und von einer gleichen Befugniß des ehemaligen Reichsadels nie auch irgend nur der entfernteste Gedanke war.

Alle bisher von den Parteien für und wider angezogenen Fälle unstandesmäßiger Ehen zwischen Personen fürstlichen und bloß niedern adeligen Standes lassen sich unter folgende Hauptabtheilungen bringen:

I. Unstandesmäßige Ehen, welche an sich keine Folgen gehabt, indem sie entweder offenbar morganatisch waren oder sonst den Agnaten unnachtheilig geblieben, worunter die fast immer zuerst angeführte Ehe des Markgrafen Heinrich von Meissen mit Elisabeth von Maltitz, einer Tochter seines Ministerialen, im Jahr 1267 gehört. — Gerade aber bei diesem ersten und ältesten Fall dünkt uns einzig merkwürdig

die Urkunde des Kaiser Rudolfs vom Jahr 1278 (f. Codex Epistolaris Rudolphi, Ed. Bodmann, num. 57.), worin er den aus benannter Ehe erzeugten Sohn Friedrich, den man nachher Dominum de Dresden nannte, eximirt „ab omni servilis seu Ministerialis conditionis respectu, ac si de ventre libero natus esset.“ Darin liegt also mit wenigen Worten die ächteste und älteste Interpretation, in welchem Licht man herab vom Fürstenstand auf die Ehe mit einem adeligen Fräulein gesehen.

II. Fälle, wo nicht nur von Seiten der Agnaten kein Widerspruch, sondern zum Theil noch gar eine ausdrückliche Einwilligung derselben erfolgt; nur liegt hier die erlangte Gültigkeit einer solchen Ehe nicht in dem frühern Recht, sondern in dem Anerkenntniß derjenigen Interessenten, die hierin hätten Einspruch machen können, aber aus Convenienz und Privatrücksicht nicht wollten.

III. Fälle, welche lediglich durch irgend ein politisches oder religiöses Interesse mit Gewalt durchgesetzt worden sind, namentlich in den Häusern Bentheim, Nassau-Siegen und Schaumburg-Lippe; welche also für das, was eigentlich Rechtens war, oder gewesen wäre, kein beweisendes Beispiel liefern.

Wegen ihrer eigenen nächsten Beziehung auf die hohen Häuser von Baden und Baiern selber, werden besonders folgende vier Fälle von Baden hervorgehoben, von Baiern aber, wie jederzeit folgt, erläutert:

1) Die Ehe des Markgrafen Eduard Fortunat von Baden-Baden mit der Maria von Eiden.

In dieser räthselhaften Ehe sey nicht nur die Standesmäßigkeit, sondern sogar das Daseyn einer wirklichen Trauung zur Frage gekommen; es habe viel gekostet, um nur den Zweifel zu beseitigen, ob überhaupt die Kinder selbst ehelich gewesen. Der Markgraf Eduard Fortunat sey im J. 1600

im Lauf seiner Abenteuer gestorben; aber schon seit 1594 hätten sich die Herren Markgrafen von Durlach, der übermäßigen Schulden und der schlechten Verwaltung wegen, in Besiz seiner Baden-Badischen Lande gesetzt, hätten auch nachher die Kinder jener Ehe nicht als erbfähig anerkennen wollen. Die Sachen hätten sich aber gewaltig geändert, als im Jahr 1622 der Herr Markgraf von Durlach durch den Lauf des dreißigjährigen Kriegs vom Baierschen General Tilly sich aus seinem eigenen Lande verjagt gesehen, wobei im kräftigen Betrieb der obsiegenden Partei die Eduardischen Söhne (*maxime ut Catholica religio debite promoveretur, Caraffa Germ. Sacra restaur.*) wieder eingesetzt wurden; welches das Haus Durlach auch bei den westphälischen Friedensverhandlungen, wie so manche andere „*Confusiones bellicosi temporis*,“ deren das Friedens Instrument selber erwähnt, nicht mehr abzuwenden vermochte; so wenig als das Haupt der Pfälzer Linie, dem es weit wichtigere Angelegenheit blieb, erst selbst nur wieder zu einem Theil seiner alten Stammlande zu gelangen. Daher sage auch schon Pütter (über Mißheirathen S. 134), „es könne von diesem Fall nicht auf andere geschlossen werden.“

2) Die Ehe des Herrn Markgrafen Ernst von Baden Durlach mit Ursula von Rosenfeld 1518—1553.

Den gleichzeitigen Prinzen des Hauses sey diese ungleiche Ehe des jungen Markgrafen nichts weniger als ge-
nehm gewesen. *Carolus ex Rosenfeldia prognatus, cujus nativitatem aegre tulisse videntur fratres natu majores*“ (Schöpslin Hist. Zar. Bad. IV, 34). Weil aber unvermuthet der Fall eingetreten, daß in kürzester Zeit alle dessen älteren Brüder unbeerbt abgestorben, und außerdem der Schwager des Markgrafen Ernst, der gewaltthätige Markgraf Albrecht Alcibiades von Baireuth, sich meist in diesen Gegenden aufhielt, wo er der allgeweine Schrecken war; so habe es an

allem weitem Widerspruch von selbst ermangelt, und die folgenden Herren Markgrafen von Baden Durlach und nachherigen Großherzoge, als Sproßlinge dieser Ehe, hätten sich bis auf unsere Zeit im ungestörten Besiz erhalten. Zu einem Widerspruch gegen diese Ehe von Seiten des Hauses Pfalzbaiern sey aber anfangs um so weniger ein Grund vorhanden gewesen, als nicht dieser Herr Markgraf Ernst, sondern seine Brüder Bernhard und Philipp im Mitbesiz von Sponheim gestanden; und was wäre nach der Hand, bei dem einmal bestandenen Possessorio, von der Unendlichkeit eines deutschen reichsgerichtlichen Petitorii zu hoffen gewesen?

3) Die Ehe des Herzogs Ferdinand von Baiern, eines Bruders des regierenden Herzogs Wilhelm, mit der Maria Pettenbeck, im Jahr 1588.

Die Nachkommen wurden mit einem Deputat abgefunden, führten den Namen Grafen von Wartenberg und erloschen 1736. Wie wenig Aussichten und Ansprüche diese Söhne auf die Nachfolge in Baiern gehabt, beweise allein der Umstand, daß man von dieser Zeit an, in Bezeichnung der Herzoge des Bairisch-Münchner Hauses den Namen Wilhelminische Linie eingeführt, um dadurch die unächte Linie des Bruders Ferdinand von selber auszuschließen; und daß im westphälischen Frieden, bei dem doch selbst ein Graf von Wartenberg als Gesandter und Bischof von Osnabrück mitgewirkt, zum voraus schon und ohne allen Widerspruch, nach Abgang der Wilhelminischen Linie der Rückfall der Bairischen Chur an die Pfalz bedungen war. Auch würde alles, was man etwa auf gewisse Fälle zu versuchen vielleicht bereit gewesen, nur im damaligen Geist einer katholischen Partei zu München gegen eine andere protestantische Partei zu Heidelberg in Bewegung gesetzt worden seyn. Uebrigens sey auch in der Erbeinigung zwischen Pfalz und Baiern von

1724 die Wartenbergische Linie, als notorisch gar nicht erb-
fähig, ganz mit Stillschweigen übergangen worden.

4) Die Ehe des Herrn Pfalzgrafen Johann Karl zu
Gelnhausen mit Maria Esther, gebornen von Wicleben, ver-
witibten Frau von Brömser, 1696.

Das Anerkenntniß dieser Ehe begründet sich auf ein
ausdrückliches Reichshofraths Concl. sum von 1715 und einen
darauf erfolgten Vergleich zwischen Pfalz Birkenfeld und
Gelnhausen von 1716, sodann zwischen Kurpfalz und Birken-
feld von 1733 und endlich auf den Teschner Frieden, Art. 8.
und würde auch, abgesehen von diesen Titeln und dem nach-
zuweisenden Anerkenntniß von Seiten des Badischen Hau-
ses selber, die Erörterungen dieser Verhältnisse hier über-
flüssig seyn, wo es sich von dem Anfall der Sponheimer
Lande an seine Königl. Majestät von Baiern unmittelbar
selbst, und nicht an das Haus Birkenfeld handle.

Wo lasse sich nun, fragen die Bairischen Deducenten,
aus solchen einzelnen, überall unter sich abweichenden Hand-
lungen der Convenienz, der vorübergehenden Uebermacht oder
besonderer Uebereinkunft und Vergütung, ein allgemein gül-
tiges Reichsherkommen erweisen, nach welchem die Ehe eines
regierenden Herrn mit einem adeligen Fräulein von Rechts
wegen für standesmäßig zu halten wäre? Vielmehr habe
sich in allen alten Gesetzen des deutschen Vaterlands der Wi-
derwille gegen Ehen der Ungenossen laut ausgesprochen und
die Kinder davon überall der ärgern Hand zugetheilt. Ein
allgemeines Herkommen ließe sich nur aus übereinstimmen-
den und ununterbrochenen Beispielen darthun. Der einzelne
Fall in dem einen Haus vermöge kein Gesetz für das andere
zu begründen. Baden selbst, nach den erlebten Ereignissen
im eignen Hause, habe die ächten deutschen Grundsätze als-
bald wieder hergestellt, und seitdem in ununterbrochener Fol-
ge das Bild der reinsten Abstammung bewahrt; sogar in der

sogenannten Successionsacte von 1806 habe es den Herren Grafen von Hochberg von nun an wieder die künftige Festhaltung der Ebenbürtigkeit eingeschränkt. Am deutlichsten und vollkommensten sey der Begriff, was unter einer unstandesmäßigen Ehe zu verstehen sey, aus den Verträgen, Hausgesetzen und Testamenten der alten fürstlichen und fürstenmäßigen Häuser zu schöpfen. Z. B.

in Hessen, wo schon 1311 Landgraf Otto zur zweiten Gemahlin darum eine adelige Jungfrau aus seiner Ritterschaft vorzog, damit die Kinder aus dieser Ehe desto leichter nur mit Geld, Lehenschaft und andern Gütern abgefertigt werden könnten; wo Hessen-Cassel die Kinder aus dem Hause Bückeberg von einem Fräulein von Friesenhausen nicht als erb- und lehenfähig habe anerkennen wollen, und Hessen-Darmstadt die Töchter des Herrn Markgrafen Ernst Ludwig mit einer verwittbten Gräfin von Seibelsdorf, geborenen von Spiegel (1726), gleichfalls nur nach dem gräflichen Stand der Mutter behandelt habe.

In Württemberg, dessen Hausgesetz von 1489 besagt, daß sich ein Graf von Württemberg nur mit einer Genossin vermählen könne; außerdem sollten die Kinder keinen Erbtheil haben; ferner im Hausvertrag von 1617, welcher jede Heirath außer dem fürstlichen Stand verbietet; endlich im Testament von 1664, daß von keinen andern Ehen als mit fürstlichen oder andern hohen Standespersonen wissen will.

In den Sächsischen Häusern; hier verpflichten die Testamente des Regenten von Weimar 1573, und von Gotha 1654, die Nachfolger, sich durchaus nur mit einem fürstlichen Fräulein, schlechterdings aber nicht mit des herzoglichen Hauses lehenbaren Grafengeschlechtern zu verbinden. — Die Weimarische Primogeniturordnung von 1724 erklärt, sogar unter Kaiserl. Bestätigung, alle Ehen als Mißheirathen, die

nicht mit Personen aus einem fürstlichen oder alten reichsgräflichen Hause geschlossen werden. Die Nachkommen des Hauses Sachsen-Meissenburg sollten kraft Hausgesetzes von 1688 sich tiefer nicht als wenigstens in den gräflichen Stand verheirathen. Bei einer Zusammenkunft mehrerer Sächsischer (aus dem Hause Gotha und Eisenach) und anderer fürstlicher Personen (1717) geschah der Ausspruch: „daß sie jede Ehe mit Personen nur adeligen oder bürgerlichen Standes als eine offenbare Mißheirath betrachteten;“ endlich im Jahr 1721, wo Herzog Ernst von Sachsen-Meinungen, und wohl zu merken, abermals mit Kaiserlicher Bestätigung, seinen Söhnen und Kindern auferlegte, bei seinem harten Fluch und Unsegen, sich in keine andere als fürstliche oder wenigstens alte reichsgräfliche Häuser und Familien zu verheirathen. Wer sich aber unterstehen sollte eine adelige oder bürgerliche Weibsperson zu heirathen, dessen Descendenz soll nicht zur Landessuccession gelassen, die Ehe pro matrimonio ad Morganaticam declarirt und eo ipso die Kinder daraus nur für Edelleute geachtet werden.

Im Haus Mecklenburg; welches (1654) den Söhnen empfiehlt, sofern es ihnen an Gelegenheit zu vortheilhaften Heirathen ermangle, sich lieber mit einer ehrlichen züchtigen Jungfer Privatstandes in eine solche Ehe zu begeben, die man nennt ad Morganaticam.

Im Haus Anhalt; wo das Bernburgische Testament von 1678 mit ausdrücklicher Kaiserlicher Bestätigung von 1679 die Heirathen mit Adelligen gerade so gut, als mit den Bürgerlichen untersagt.

Im Haus Brandenburg; welches im Jahr 1695, damit der Name Hohenzollern nicht an unstandesmäßige Personen gelange, von seinen Stammvettern sich versprechen ließ, alle ungleichen und unanständigen matrimonia zu vermeiden; und nachdem im Jahr 1707 Brandenburg darauf bestand,

daß auch die Ehe mit einer Reichsfreiin, selbst wenn deren Familie eine Reichsherrschaft in Verband mit der unmittelbaren Reichsritterschaft besäße, zu den ungleichen Heirathen gehöre; so wurde im erneuerten Erbvertrag von 1707 die frühere Bestimmung ausdrücklich dahin wiederholt und erklärt, daß jede Heirath unter dem Grafenstand eine ungleiche sey. Bei diesen Grundsätzen ist auch der Königlich Preussische Hof streng verblieben, in seinem Vorschreiben an den Kaiser, im Jahr 1744, bei Gelegenheit der Meinungsischen Mißheirath: „Wir sollen auch aus deutsch-patriotischen Gesinnungen dafür halten, daß Eurer rc. Reichshofrath sowohl als Reichshofrathscanzlei pro norma regulativa ein für allemal zu bescheiden sey, daß alle diejenigen fürstlichen Heirathen schlechterdings für ungleich zu achten, welche mit Personen unter dem alten reichsgräflichen Sitz und Stimme habenden Stand contrahirt worden.“

Im Haus Baiern; wo sich der Hausvertrag von 1771 (im Teschner Frieden, Art. 8. bestätigt) gegen alle Präcedenten ex dispari matrimonio auf das deutlichste ausgesprochen. Und obwohl in den kleinen reichsgräflichen, nach der Hand größtentheils gefürsteten Häusern, die Versuche zu ungleichen Heirathen noch mehr verführerisch und nahliegend seyn konnten; so haben doch auch diese auf dem Grundsatz ihrer fürstenmäßigen Ebenbürtigkeit streng beharrt. Z. B. Nassau 1597, Wittgenstein 1607, Leiningen 1614, Königseck 1588, Reuß 1668, Waldeck 1687, welches selbst nicht bloß die Kinder, sondern schon die Väter, die sich außer Standes verheirathen, von der Primogenitur ausschließt; Dettin-gen, welches in seiner Primogeniturordnung von 1765 vordrückt auf deutsch altfürstliches oder reichsgräfliches Geblüt Rücksicht genommen wissen will; im äußersten Fall doch wenigstens auf solche Geschlechter, welche in den Erz- und Domstiften Köln, Eichstädt und Augsburg für stiftsmäßig

gehalten werden, obwohl ein stiftsmäßiger Adel dadurch kein hoher Adel wird, es übrigens aber freilich erklärbar bleibt, wenn früher einige katholische gräfliche Häuser bei nicht abwendbaren Mißheirathen doch wenigstens einen Ersatz in der Stiftsmäßigkeit der Kinder zu finden glaubten. Im gleichen Sinn ist der Primogeniturvertrag von Fürstenberg 1755, endlich der von Erbach 1783, „daß keiner von den gräflichen Nachkommen eine Ehe eingehen solle, die unter der gräflichen Würde sey, auch nicht mit einer stiftsmäßig ritterbürtigen Dame.“

Hieraus ergibt sich aber noch weiter, daß unter den un-
streitig notorischen Mißheirathen, gegen welche sich die
Stände durch die Wahlcapitulation von 1742 und so fort
an haben vorsehen wollen, keineswegs bloß die Heirathen
der fürstenmäßigen Personen mit bürgerlichen, sondern be-
stimmt auch mit adeligen Fräulein zu verstehen gewesen;
eine Ansicht, welcher auch Heffter beipflichtet S. 61: „Dieser
(nemlich notorischen Mißheirath) steht gleich jede nach den
Hausrechten unzulässige Ehe mit dem niedern Adel.“ Denn
daß auch über diese keine streitigen Ansichten und Zweifel
vorgewaltet, sondern in den meisten Fürstlichen Häusern
früher schon gegen dieselbe entschieden worden, ist
aus den angeführten vielfachen Fällen wohl zur Genüge
dargethan. Notorisch im juristischen Sinn ist alles, was
keines besondern Beweises durch Zeugen oder Urkunden mehr
bedarf. Das Notorische bezieht sich auf das Faktische, nicht
auf die gesetzliche Doctrin; notorische Mißheirathen im
Jahr 1742 waren also alle die, welche damals ohne Geheim-
haltung öffentlich vollzogen worden, zur Notorietät gekom-
men, wobei es ein bloßer Zufall ist, daß die neueste damals
eine Ehe mit einer Bürgerlichen war. Wären diese aus-
schließend und allein nur als notorische Mißheirathen anzu-

nehmen gewesen, zu welchem Ende hätte es denn noch eines besondern Reichsgutachtens und Regulativs, was eigentlich notorische Mißheirathen seyen, bedurft? ein Gutachten, das man freilich mit Unrecht vom Reichstag selbst erwartete, wo die geistlichen Fürsten für ihre Familien andere Grundsätze wünschen mochten, daher man auch am Ende absichtlich den früher gebrauchten Ausdruck: „ungleiche Heirathen“ unterdrückt, während das städtische Collegium gar kein Interesse dabei hatte. Uebrigens läßt sich selbst nicht von der ehemaligen Reichshofrathskanzlei behaupten, daß sie geradezu ein entgegengesetztes System verfolgt. Man findet sie bald auf diese Seite neigend, bald auf jene, nicht selten unter Einfluß fremder Spanischer Grundsätze und Spanischer Minister, nach den im Römischen Reich ungünstigen Spanischen Principien. Sie handelte als ministerielle Behörde, als ein Gnadenministerium, das sich bisweilen hinter den Reichshofrath verbarg. Das Gnadenministerium begünstigte die Heirathen mit Adelligen, wohl auch mit Unadelligen, und zeigte sich nicht spröde in Standeserhebungen, die es dann ein andermal wieder als unkräftig in Bezug auf die Erbfolge erklärte, Dehortatorien an Frauen und Kinder erließ, und Hausverträge bestätigte, welche im geradem Widerspruch mit ihren eigenen früheren Aussprüchen standen.

Interessant ist es, zu bemerken, wie diese Ansicht, von ungleichen, nicht ebenbürtigen Ehen, nicht bloß eine deutsche, sondern eine allgemeine Europäische ist, an welcher wenigstens die anerkannten größten Mächte gleichergestalt auf das festeste halten, wie wir von Preußen oben bei Brandenburg, von Oesterreich in dem Fall der Philippina Welferin ersehen, seitdem auch nie ein einziges Beispiel einer Mißheirath in diesem Kaiserlichen Haus weiter statt gefunden. Dasselbe

läßt sich auch von England sagen, seitdem die Stuarte und Braunschweig auf dem Thron gesessen, und wo die höchste, die reichste Lordstöchter dem vom Thron entferntesten Prinzen nicht für standesgemäß und ebenbürtig gehalten würde. Wohl aber würde die Heirath eines Englischen Königs mit der Tochter des kleinsten deutschen Grafenhauses keinen Anstoß geben, darum weil diese Reichsgrafen zum Stamm des regierenden erlauchten Standes in Deutschland gehört, und dieses Vorrecht durch völkerrechtlichen Beschluß beibehalten haben. In Frankreich haben sich selbst Herzoginnen von Valentinois, von Estampes beschieden, daß sie zwar einer Königlischen wirklichen Gemahlin gleich geliebt, aber nie und unmöglich bis zur Stufe des Throns geleitet werden können. Auch nicht ein einzigesmal hat sich das Haus Bourbon in eine ungleiche Heirath verwickelt. Und so bestimmt denn auch gleicherweis das Kaiserlich Russische Hausgesetz vom 20. März 1820: daß wenn irgend ein Glied, der Kaiserlichen Familie in ein Ehebündnis mit einer Person träte, die nicht zu einem regierenden Fürstenhaus gehörte, sie nicht die der Kaiserlichen Familie zukommenden Rechte erlangen, und die Kinder nicht die Thronfolge haben sollten. Also die Abstammung aus einer regierenden Familie (und durch ausdrücklichen Vorbehalt der alten Verhältnisse in Bezug auf Ebenbürtigkeit auch einer mediatisirten deutschen) ist die Grenzlinie der standesmäßigen Ehe sämmtlicher Europäischen großen Höfe, und damit auch, weil diese hoffentlich nicht geringer beurtheilt werden wollen, aller größern und kleinern Häuser in Deutschland. Der Regent konnte nicht die Tochter, oder wie es in der alten Kernsprache hieß, die Magd seines Unterthans oder gar seines Dieners, und eben dadurch auch seine eigene Magd heirathen. In Polen, wo doch selbst der geringste Edelmann König werden konnte, ist gleichwohl die Ehe Sigismunds II. mit einer Prinzessin

Barbara von Radzivil, obwohl sie die Annalen des Driehovius als eine Tochter: „ex summo in Lituania loco et magnae cognationis“ anerkannt, bloß darum für ein *matrimonium inhonestum* angenommen und bejammert worden, weil die Braut *Subjecta Regi* gewesen. Aus demselben Grund hat auch das dem Polnischen Königssohn, Prinzen Karl von Sachsen, vermählte Fräulein Krasinska, das wohl nach dem Reichthum und Ansehen seiner Familie keinem deutschen Ritterfräulein würde gewichen seyn, und sogar vom Kaiser in Reichsfürstenstand erhoben worden, dennoch an dem Namen, Rang und Wappen ihres Gemahls keinen Antheil nehmen dürfen.

Dem Badischen Widerspruch, „die Ehe des Herrn Markgrafen mit dem Fräulein von Geyer sey keine *morganatische* gewesen,“ setzt man von Seite Baierns entgegen: Sie sey in den Badischen Urkunden ausdrücklich eine Ehe zur linken Hand genannt, was ganz dasselbe mit *morganatisch* wäre. Pütter über die Mißheirathen S. 319 habe sie sogar als eine preiswürdige schon vor langer Zeit aufgeführt. Ein gewisser geringerer Grad der kirchlichen Solennien, als ein Symbol, welches der alte Deutsche bei allen Verträgen liebte, die Ausschließung der Frau von Geyer und ihrer Töchter vom Fürstlichen Rang und Namen, der Vorbehalt, die Rechte der Söhne erst künftig zu bestimmen, der eidliche Verzicht der Frau, der Consens der Aignaten, der bei einer gewöhnlichen Vermählung ganz außer der Ordnung wäre, drückten sowohl im Namen als im Wesen den vollständigen Charakter der *morganatischen* Ehe, in den Rechten gleichbedeutend mit der Ehe zur linken Hand, aus, wobei es am wenigsten darauf ankomme, ob eine der Parteien die Handlung gern mit diesem Namen belegt wissen, oder einen andern im Gesetz nicht sanctionirten dafür ge-

brauchen möchte; z. B. wie hier bedingte Ehe statt morganatische; denn bedingt können alle Ehen seyn, in Absicht auf Heirathgut, Wittthum, Voraus, Erbschaft; bedingt sind allerdings auch die morganatischen Ehen; immer dürfen aber die Bedingungen eines Vertrags die wesentlichen Bestandtheile desselben nicht auflösen, z. B. beim Miethvertrag nicht das Recht des Gebrauchs, beim Kauf nicht den Preis, bei der Ehe zur linken Hand nicht die Ungleichheit der Frau und ihrer Kinder. Denn daß eine morganatische oder die Ehe zur linken Hand, ohne eine solche Ungleichheit, selbst unter Personen gleichen Standes geschlossen werden könnte, wie Num. 3. der Druckschriften behauptet, davon vermöchten wir uns den eigentlichen Fall nicht zu denken; z. B. es wollte ein Edelmann eine andere Frauensperson auch von Adel zur linken Hand ehelichen, so müßte die Frau, um auf den Stand des Mannes zu verzichten, sich ihres eigenen begeben und sich vorher gleichsam erniedrigen lassen, was der Fall bei der Vermählung mit einem Höhern nicht ist, wo sie doch wenigstens ihren eigenen Stand behält, der keinem Menschen ohne Verschulden rechtlich benommen werden kann. Außerdem würde sie aber noch eine gewaltige Ungerechtigkeit an ihren Kindern begehen, die einer noch ärgern Hand, als selbst der Mutter ihrer nicht wohl Preis gegeben werden dürften.

Was wäre aber, fragt der Baiersche Deducent, am Ende damit gewonnen, wenn die Ehe des Herrn Markgrafen aufhören sollte, eine morganatische zu seyn? — Nichts, als daß sie alsdann in die andere Klasse der Mißheirathen übergehen würde. Denn die Unstandesmäßigkeit ist den morganatischen Ehen, so gut wie den Mißheirathen, wesentlich eigen. Bei der morganatischen ist sie durch das Factum ausgesprochen, durch die Solennien der

Erauung, den Verzicht der Mutter, den Consens der Agnaten. — Bei Mißheirathen, denen übrigens die vollständigen Solennien der Kirche nicht abgehen, beruhe die Unstandesmäßigkeit auf den Grundsätzen des deutschen Rechts und der Allgemeinheit der Fürstlichen Familiengesetze. Der Unterschied liege nur darin, daß Kinder aus morganatischen Ehen gar nicht zur Klage zugelassen werden könnten, von Kindern aus Mißheirathen aber gleichwohl öfters schon spätere Versuche gemacht worden seyen, bei denen dann wenigstens die umständlichere Ausföhrung des Rechts nicht habe umgangen werden können; daher auch die deutschen Stämme die morganatischen Ehen in ihren Geschlechtern mehr begünstigt, dagegen aber die eigenmächtig eingegangenen Mißheirathen ihrer Stammgenossen jederzeit mit den übelsten Augen angesehen. Der Grund, warum die Form der morganatischen Ehe gewählt werden muß, liegt in der Ungleichheit der Geburt. Diese Ungleichheit also müßte man im Stande seyn, aufzuheben, nicht bloß die morganatische Form, was aber unmöglich bliebe. Nicht bloß der Ehevertrag allein würde die Erbfähigkeit der Kinder hindern, sondern auch ohne diesen die Unstandesmäßigkeit. Welch' ein eitles Spiel wären alle dormalen noch mit Sorgfalt bewahrten und vorbehaltenen Erbverträge, Erbverbrüderungen, selbst die Erbrechte der nächsten Fürstlichen Linien unter sich, die neuesten Erbfolgeordnungen, Familienstatuten u. s. w., wenn es immer nur dem letzten, aus vollständiger Ehe unbeerbten Besitzer freistehen könnte, auf einmal der Welt Kundschaft vom Daseyn seiner Kinder aus einer andern Geburt zu geben, diese durch Successionsacten, Legitimationen, Adoptionen u. dgl. den zur Nachfolge berechtigt gewesenen nächsten Häusern und Agnaten vorzuschieben und den historischen Namen der alten Fürstenthäuser auf Geschlechter zu bringen, denen er in der That nicht angehöre. — Uebrigens hänge die Stan-

desmäßigkeit einer Ehe in Baiern keineswegs lediglich von der Anerkennung im Königlichen Hause ab, was etwa Baden zu denselben Ansprüchen in seinem Hause berechtigen könnte. Die Standesmäßigkeit auf den Grund der Ebenbürtigkeit sey schon durch den ältern Pfalzbaierischen Hausvertrag von 1771 wiederholt vorgeschrieben. Der Sinn des Hausgesetzes von 1816 sey ebenfalls kein anderer; und damit ja keine Mißdeutung möglich bleibe, so habe auch noch das Familienstatut von 1819 ausdrücklich erklärt, daß nicht nur jederzeit ebenbürtige Ehen geschlossen, sondern auch diese als solche vom Haus anerkannt seyn müssen.

Es kann, fährt Baiern fort, die gegenwärtigen Großherzoglichen Prinzen nicht befremden, wenn sie, berufen zur Nachfolge im Großherzogthum, gleichwohl als unzulässig in der kleinen Grafschaft Sponheim befunden werden; indem dergleichen Fälle in der ältern Reichsverfassung mehrere vorgekommen, wo z. B. ein Individuum Erzbischof und Kurfürst auf dem einen Fürstenthum sein konnte, während man seine Probe bei einem viel unbedeutenderen Stifte nicht angenommen hätte. Gesezt, es walteten nicht die mindesten Zweifel vor, ob die Herren Grafen von Hochberg zur Nachfolge und Mitherrschaft in der Grafschaft Sponheim nach der Art gut und taugend wären, wie es der Weinheimer Entscheid von 1425 fordert, so hätten sie doch als ein jüngerer Stamm neuer Badischer Prinzen von dem andern Hause, nemlich Pfalz, jetzt Baiern, in die Mitherrschaft und Gemeinheit der Grafschaft Sponheim feierlich an- und aufgenommen werden müssen, laut Vertrags von 1428,

„und sollen auch fürbaß Niemand zu Uns in die vorgenannten Burgen, Schlösser, Städte, Thäler und Burgfrieden mit ihren Zugehörungen in Gemeinschaft setzen, oder Theil

oder Gemeinschaft daran geben, in keine Weise, es wäre denn, daß wir das alle mit einander thäten, und das einmündiglich mit einander überkäme.“ (s. Schöpflin I. c. VI, 161. Rousset Suppl, I. P. 2. p. 353.)

Dieselbe Erklärung wiederholten sich 1437 M. Jakob von Baden und Graf Friedrich von Velbenz (s. Schoepflin 198); eine Bedingung, auf welche gerade das Haus Baden gegen die Pfalz am strengsten gehalten hat, im Jahr 1560, als man die jüngern Herren der Linie Zweibrücken in die Gemeinschaft von Sponheim setzen wollte, wogegen man gerade eben so viel jüngere Herren der Badischen Linie mit aufnehmen mußte:

„Nachdem seine Fürstlichen Gnaden also nit allein Eren, sondern Zweyen der Jüngern Geburt von Velbenzischer Linie die Succession oben vermeldter massen gestattet, daß auch Seiner Fürstlichen Gnaden Erben hiermit zugelassen seyn sollten, gleichfalls und obenvermeldter massen aus den Jüngern von Er. Fürstlichen Gnaden Stammen in die hintre Graffschaft kommen zu lassen; (Beil. VII. von Num. 10.)

im Jahr 1584, indem man den Pfalzgrafen Karl auf das Nebengebiet von Birkenfeld anwies; welches nicht ohne ausdrückliche Badische Einwilligung geschehen konnte:

„daß Wir (Pfalzgraf Karl) Seiner Liebden (Herrn Markgrafen Philippen von Baden) auch bewilligt, da Seine Liebden künftiglich von Gott dem Allmächtigen mit mehr dann Einem eheliblichen Sohn begabt werden sollten, daß Seine Liebden derselben einen, wie es Dero Gelegenheit zu seiner Zeit erfordern möcht, auch in solche Gemeinschaft zu

verordnen und zu setzen Macht haben solle;" (Beil. VIII. von Num. 10.)

und endlich abermal im Jahr 1654, wo es darauf ankam, ob man außer der eigentlichen Simmerischen Linie noch einen Herrn einer andern Nebenlinie in die Gemeinschaft mit zulassen könne. Ueberall wurde vorausgesetzt, daß es solche Herren wären, welche bereits den Sponheimer Schild in ihren Wappen führten, woraus sich denn erklären läßt, warum im Jahr 1806 bei den Unterhandlungen über das Surrogat der Herr Großherzog so sehr, und beinahe mehr als auf alles Andere, auf die Annahme des Sponheimischen Wappens drang. Es wäre also nicht genug gewesen, daß der Herr Großherzog Karl Friedrich die Herren Grafen von Hochberg als seine Nachfolger in dem Großherzogthum erklärt; er hätte sie, wegen der Grafschaft Sponheim, noch dem Hause Pfalz zur Anerkennung und Aufnahme in die Mittherrschaft präsentiren, und erwarten müssen, ob und wie dazu eine gegenseitige Einwilligung und Anerkennung erfolgen würde. Wäre sonach die Einwilligung des Hauses Baiern in die Großherzoglich Badische Successionsacte von 1806 und in das weitere Großherzogliche Hausgesetz von 1817 selbst da, wo gegen die Ebenbürtigkeit der vormaligen Herren Grafen von Hochberg nichts hätte erinnert werden wollen, gleichwohl zur Wirksamkeit an die Sponheimer Surrogatlande durchaus unvermeidlich und nothwendig gewesen, wie viel weniger noch können jetzt jene Großherzoglichen Hausstatuten gegen den Widerspruch Baierns in jener Beziehung von einer rechtlichen Kraft seyn, da die Grundbedingung, zur Nachfolge in die Sponheimische Erbgemeinschaft, die angeborne Standes- und Wappengenossenschaft durchaus ermangelt und derjenige, der anfangs in seiner eigenen Familie nicht als ebenbürtig gegolten, noch weniger einer an-

bern als solcher aufgedrungen werden kann; s. Mosers Staatsr. XIX. 326. —

Auf welche Art diese Sache ihre Entscheidung erlangen werde, liegt in der Entwicklung der nächsten Zeiterenignisse; es ist schwer zu bestimmen, Wer hierüber, um sich alter Rede zu bedienen, den gewaltigen Stab des Richters in die Hand zu nehmen hätte? was denn in deutschen Angelegenheiten dieser Art gewöhnlich freiwillige Vergleichungen und Schlichtungen höherer Vermittler herbeigeführt. — Der Weinheimer Entscheid hat sich in solchen künftigen Fällen, wo es sich von Land und Leuten handeln sollte, immer einen Austrag oder ein Schiedsgericht von drei Richtern gedacht, einen von des Klägers, einen von des Beklagten Seite gewählt, und dann noch einen dritten gemeinschaftlichen Obmann „Welchem aber dem Sprechen in vorgeschriebener Maas also nit genug thät, warum dann der Zuspruch gewesen, es treffe an Burg, Schlösser, Städt, Thäler, Land oder Leut, der soll seines Theils daran entbehren und die klagend Parthei soll das als lang und bis auf die Zeit innhaben und genießen, bis daß die andere Parthei dem Sprechen genug gethan hat. — In demselben Geist der Fürsten Autonomie setzte auch das Nassau Dranische Primogeniturgeseß; „der Landesnachfolger soll sich helfen, mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln.“ Denn Nomos heist nicht allein Lex, sondern auch Jus und Justitia, und die Autonomia, zu deutsch Hausrecht, deutet beides an, daß man sich darauf berufen, und daß man es sich am Ende verschaffen könne. Dagegen sagt die Badische Druckschrift Num. 2: „es sey kein Tribunal in der Welt, dessen weitere Entscheidung sich Baden könne gefallen lassen;“ worin dann die Baierische Beantwortung eine offenkundige Verweigerung alles Rechtes zu erblicken glaubt, was sowohl den Grundbestimmungen des deutschen

Bundes als dem Interesse der höhern Mächte an der Bewahrung legitimer Rechte widerstreben würde.

Wieder von einer andern Ansicht geht die Badische Druckschrift Num. 3. S. 26 aus. Da die Ländervertheilung von 1803 das Werk der vermittelnden oder vielmehr bestimmenden Mächte, Frankreich und Rußland, gewesen, so käme es nur diesen zu, darüber jedesmal zu entscheiden, wenn die Frage davon wäre, in welchem Sinn die Vertheilung der Entschädigungen zu verstehen sey. Eine sehr gefährliche und zugleich demüthigende Lehre für Deutschland, die überdies nur der aufgefrischte Versuch seyn würde, womit man früher auch schon Frankreich und Schweden, als Garanten des Westphälischen Friedens, zum bleibenden Schiedsrichter über Deutschland gern hätte setzen mögen. Weber der Luneviller Friede, noch der Reichsdeputationschuß von 1803 enthält etwas von einer Competenz oder Garantie in diesem Sinn; wohl aber hat die Kaiserliche Ratificationsurkunde „alle weiteren Erörterungen, die noch künftigen Unterhandlungen unterliegen sollten, für damals dem Kaiser und Reich vorbehalten.“

Hat auch Deutschlands äußere monarchische Form angehört, so ist doch noch im Innern die wechselseitige Förderativverfassung der einzelnen Stände unter sich, und besonders die enge Verflechtung mit den Europäischen Mächten verblieben, die zugleich Mitglieder desselben Bundes sind; und es liegt doch wohl viel näher, auf diese oder auf die beschließenden Mächte beim Wiener Congress u. s. f. zurückzugehen, als namentlich auf das Kaiserliche Frankreich, welches damals gewiß nichts weniger als im Sinn des jetzigen Königlichen Frankreichs gehandelt hat, und daher nicht sowohl durch die jetzt restaurirten Bourbons, die wohl an allen jenen Ereignissen wenig erfreulichen Antheil

genommen, sondern durch des Napoleons seel. Erben et Compagnie repräsentirt werden müßte. — Gleichwohl wollen wir dabei nicht in Abrede stellen, daß am Ende nicht nur die ganze Sache, sondern vorläufig auch schon die Vorfrage ihrer Behandlung, auf dem diplomatischen Weg und unter der Vermittlung der befreundeten und beiden Theilen wohlwollenden größern Mächte, ihre Erledigung in guter deutscher Art und Weise finden dürfte.

Die Babilische Druckschrift Num. 2. hat auch noch eine Beleuchtung des Gegenstandes in politischer, commercieller, und von kunstverständiger Hand in militärischer Hinsicht, alles dieses hauptsächlich im Bezug auf das nördliche und südliche Deutschland, verheißen. Was die commercielle Hinsicht betrifft, so wird sie, nach dem jetzt durch den Preussisch-Baierischen Zoll-Verein aufs innigste verschmelzten beiderseitigem Handels-Interesse, den Verf. mit seiner versprochenen Demonstration im Stich lassen. Von der militärischen Hinsicht ist vielleicht schon etwas in der Druckschrift Num. 3. S. 41. enthüllt, wo es als ein Hauptgesichtspunkt bei den Entschädigungen von 1803 geltend gemacht werden will, „daß Baiern nie mehr wieder auf einer längern Strecke an den Rhein vorrücken soll.“ Wir möchten jedoch fragen, wo überhaupt ist in der Deutschen Bundesacte das Daseyn eines doppelten Deutschlands, eines nördlichen und eines südlichen ausgesprochen, oder gar ein zwiespaltiges politisches Interesse desselben in Beziehung auf seine ohnehin schon kaum bemerkbare klimatische Verschiedenheit? — Da sich die Bundesstände unter einander selbst niemals zu bekriegen haben, so ist auch ein besonderes militärisches Interesse des nördlichen Deutschlands gegen das südliche, oder umgekehrt, durchaus nicht denkbar; und gegen einen Feind des Deutschen Landes von außen könnte das Interesse

aller Bundeslande nur das eine und dasselbe seyn: Treue, Vertrauen, Kraft und gemeinschaftlicher Widerstand; oder wo läge der Beruf, in den Angelegenheiten Badens, an der Grenze des südlichen Deutschlands, die vermeintlichen getrennten politischen, commerciellen und militärischen Interessen eines nördlichen Deutschlands zu vertreten? Der Traum, daß es der große Gesichtspunct bei den Entschädigungen gewesen, Baiern nicht an Rhein vorrücken zu lassen, zerfließt ja in der Thatsache, daß man bald darauf der Krone Baiern den wichtigsten Theil ihrer neuen Entschädigung wider ihren Wunsch gerade am Rhein und an der Französischen Grenze angewiesen, aus dem bestimmten Grund, daß es eben auf dieser Linie einer kräftigen Grenz-
hut bedürfe. In Baierns westlichen Ländern hat sich nach dem Bild der alten Zeiten eine wichtige Grenzmark von ganz Deutschland gebildet. Wird diese noch durch den Zuwachs des Sponheimer Surrogats verstärkt und der Zusammenhang dieses Limes mit dem andern Baiernischen Gebiet hergestellt, so ist dadurch nicht allein die Sicherheit der südwestlichen Grenze von Deutschland gefördert, sondern auch der augenscheinlichste Vortheil der nördlicher liegenden Länder erzielt, welche dagegen, im Vertrauen auf jene Vormauer, mit desto größerer Kraft und Freiheit über ihre eigene Defensionsmittel verfügen, oder sich zu desto erfolgreichern gemeinschaftlichen Maßregeln vereinigen können. Es ist dasselbe Verhältniß, womit auch früher schon in Deutschland die größern Stände eine engere Vereinigung und militärische, auch commercielle Verbündung, wenigstens was das Münzwesen betrifft, nämlich jene der vorliegenden Reichskreise, hervorgerufen, begünstigt und vielfach benützt haben. Möchte also auch in diesem Sinne ein freundlicher und auf beiden Seiten billiger Ausgang der Sponheimer Sache die brüderliche Eintracht der

deutschen Stände verherrlichen! Pfalz und Baden haben ja sonst immer brüderlich neben einander gehaust, warum sollte die Sache nicht so geordnet werden können, daß auch jetzt der junge Hochberg-Bähringische Stamm des schönen Bodens genug und übertoll behalte, um nächst der Wittelsbacher alten Eiche im schlanken Wuchs und frischer Blüthe seine Zweige um so friedlicher emporzutreiben?
